Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 210. Mittag-Ausgabe. Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 6. Mai 1879.

Deutschland.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

38. Sitzung vom 5. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Hobrecht u. A., später Fürst Bismarck.

Eingegangen sind Gesetzentwurf, betr. die Vertheilung der Matricular-Beiträge für das Jahr 1879—80, betr. die Erwerbung der k. preußischen Staatsdruckerei für das Reich, Nachträge zu dem Etat für 1879—80, ein Gesetzentwurf, betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung und zwei Schreiben der Abgg. v. Graevenitz und Saro, betr. ihre Ernennung zum Rath am Reichsgericht, resp. zum Oberstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht zu Königsberg, die der Geschäftsordnungs-Commission überwiesen werden.

Die Berathung des Zolltarifs eröffnet heute der Abg. Richter (Hagen): Der Verblutungsprozeß, von dem der Reichskanzler neulich sprach, hat wirklich stattgefunden: in den letzten 25 Jahren sind in Europa und Amerika 2½ Millionen auf Schlachtfeldern umgekommen und 70 Milliarden an Kriegskosten verbraucht. Mit jedem Friedensschluß erwacht ein Unternehmungsgeist bis zum Schwindel, auf den dann wieder ein Rückschlag folgt. Das Actiengesetz hat daran nicht Schuld, wie Herr Reichensperger meinte, auch ohne ein solches hätte der Wunsch, rasch reich zu werden, die Form der Commanditgesellschaften oder andere Formen aufgesucht. In Eisenbahnen, für deren Gebiet wir kein Actiengesetz gemacht haben, ist am meisten gegründet worden, und als die Privaten damit fertig waren, erging sich der Staat in übertriebenen Eisenbahnbauten. Der Krieg afficirt auch die nicht an ihm betheiligten Staaten, wir haben es beim letzten orientalischen erfahren. Dazu die Kosten des bewaffneten Friedens: dreiviertel der französischen Milliarden sind für militärische Zwecke verausgabt oder angelegt. Das ist gewiß, wer es verstände, aus dieser Kriegsperiode eine Periode des dauernden Friedens zu machen und die Kosten des bewaffneten Friedens zu vermindern, der würde in der That den Verblutungsprozeß, in dem wir uns befinden sollen, aufhalten und dem wirthschaftlichen Körper neues Blut zuführen. Der Tarif soll nun alles gut machen.

Es geht bei solchen Bewegungen im wirthschaftlichen Leben der Völker höher wie in Pestzeiten, wo man von Aerzten nichts wissen will, ja sie als Träger der Ansteckung vermeidet, wo die Medizin aufhört, als Wissenschaft zu gelten, wo man zu dem Nichtmediziner wegen seiner unwissenschaftlichen Unbefangenheit mehr Vertrauen hat, ja die Aerzte verfolgt und verdächtigt. Ebenso verdächtigt man heute patriotische Männer als von England gekauft, um in Deutschland schlechte Tarife zu machen. Zur Heilung der Krankheit wendet man sich in solchen Zeiten oft an fromme Männer; heute übernimmt eine mehr religiöse als politische Partei, die die meisten geistlichen Herren unter sich zählt, die Führerschaft in der deutschen Wirthschaftspolitik. (Heiterkeit.) In solchen Zeiten studirt man nicht das Innere des Organismus, sondern sucht mit Feuer und Eisen und mit scharfen Verbänden zu heilen, die die Circulation des Blutes hemmen. Sind nicht auch jetzt Gesetze in Vorbereitung, die den matten Blutumlauf, den man beklagt, durch Zollschranken noch mehr hemmen? Danken wir es dem Himmel, daß die Kriegsperiode mit der Gesetzgebung zusammenfiel, die alle wirthschaftlichen Kräfte entfesselt, den internationalen Verkehr belebt und uns vor einer noch schlimmeren Verblutung geschützt hat, daß gerade in dieser Zeit das Eisenbahnwesen einen solchen Aufschwung genommen hat, daß es jene rasche Circulation vermittelte und dadurch die Wirkung der Kriege paralysirte. Knüpfte nicht die Schutzzollbewegung in Amerika und Frankreich an überstandene Kriege an, wo sich sehr leicht für den Finanzminister mit den Finanz- auch die Schutzzölle einschmeicheln? In solchen Zeiten wird jede Concurrenz, nicht blos die des Auslandes, sondern auch die von Wanderlagern, schwer empfunden und der Staat zum Schutz dagegen angerufen. Aber ist das ein Grund für das siegreiche Deutschland, dem schlechten Beispiel dessen zu folgen, der Milliarden Schulden hat machen müssen. Soll der gute Michel dem Zuge dieser Strömung folgen und Maßregeln ergreifen, die für ihn am wenigsten passen?

Deutschland steht auf einer höheren Stufe als die Länder, die man zum Vergleich anruft. Seine Ausfuhr besteht zum großen Theile in Fabrikaten und übersteigt die Einfuhr derselben um mehr als das Dreifache. Der geschlossene deutsche Handelsstaat, der jetzt geschaffen werden soll, würde die 300 Millionen Mark Fabrikate, die bisher eingeführt wurden, nicht selbst herstellen, aber auch nicht die 900 Millionen Mark Fabrikate, die bisher ausgeführt wurden und die Vermehrung der Rohproduction und der Herstellung von Halbfabrikaten würde für Capital und Arbeiter keinen lohnenden Ersatz bieten, sie müßten auswandern und die Bilanz als Folge der neuen Handelspolitik sich auf diese Weise wiederherstellen. Man nennt unsere Exportindustrie precär: die Petenten, die sich bedroht an uns wenden, finden ihr Geschäft nichts weniger als precär; denn sie ist es um so weniger, als ihr Absatzgebiet größer ist und durch Uebertragungen das Geschäft sicherer wird. Jetzt soll Deutschland von seiner Höhe herabsteigen, während Rußland und Oesterreich, die keinen Mehrexport in Fabrikaten haben, durch Schutzzölle einen weit geringeren Schaden leiden und sich nur langsamer entwickeln. Für Rohstoffe findet sich leicht ein neuer Markt, für Fabrikate nicht und ein einmal verlorener ist schwer wieder zu erlangen. Man sagt, Deutschland handelt mehr, als es producirt. Nach seiner Lage im Herzen Europas muß es das, seine Einfuhr ist die Basis eines Veredlungsverkehrs im weitesten Sinne des Wortes und mit jener wird dieser gestört. Ein einheitliches Wirthschaftsgebiet ist Deutschland weniger wie irgend ein anderes Land. Jene Ostseeprovinzen, die heute erschreckt vor dem Zolltarif stehen, stehen dem Norden, England, Schweden und Norwegen durch Bezug und Absatz viel näher als dem Westen, mit dem Mittel- und Süddeutschland enger verbunden sind. Der geschlossene Handelsstaat zerreißt beide Beziehungen. Man tröstet uns damit, daß es sich nur um die Rückkehr zum Tarif von 1864 handelt. Aber jeder Tarif ist nur an der Hand seiner Zeit zu verstehen, und damals exportirten wir für 1000 Millionen Mark, heute für das Vierfache; damals hatten wir für 2 Milliarden Eisenbahnen, heute für 8 Milliarden.

Die Rückkehr zum Tarif von 1864 erinnert an den Kurfürsten von Hessen, der, als er 1815 in sein Land zurückkehrte, an den Tag anknüpfte, an dem er es 1806 verlassen hatte und den inzwischen zum General gewordenen wieder auf Lieutenantsgehalt setzte. Niemals ist ein Tarif mehr am grünen Tisch bearbeitet worden, wie der vorliegende. Der von Reichensperger angerufene Gott, der Eisen wachsen ließ, hat niemals mehr Eisen in Deutschland wachsen lassen, als seit Ermäßigung und Aufhebung der Eisenzölle. Die Eisenconsumtion stieg von 44 Pfund pro Kopf während 1861—64 auf 92 Pfund im Jahre 1873. (Hört!) Von jenem geringeren Consum deckte unsere Production 87 Procent, heute beträgt unsere Eisenproduction 114 Procent unseres Consums. Wir beschäftigen heute in Hochöfen, Puddelwerken und Hütten, abgesehen von Elsaß-Lothringen, viele tausend Arbeiter mehr als 1869—71, trotz des Darniederliegens dieser Branchen. An Locomotiven führen wir 1878 das Vierfache der Einfuhr aus, und produciren deren weit über unseren Bedarf. In Folge dieser Handelspolitik sind die inländischen Locomotiv-Fabrikanten im Stande, ihre Locomotiven dem Auslande billiger zu verkaufen, als dem Inlande. (Sehr richtig!) Der Zoll soll der jetzt thatsächlich bestehenden Connivenz der Behörden in Zurückweisung auswärtiger Submittenten die rechtliche Sicherheit geben. Die Berliner Maschinenbau-Actiengesellschaft, vormals Schwartzkopf, hat noch vor einigen Wochen eine Locomotive an die Warschau-Wiener Bahn um 8500 M. billiger verkauft als eine ähnliche an die Oberschlesische. (Hört!) So vertheuert man den Herren in Schlesien das Verfahren ihres Holzes und ihrer Kohlen um ⅕; die Locomotiv-Fabrikanten haben sich am 18. April 1877 in einem Coalitions-Vertrag bei 10,000 M. Conventionalstrafe verpflichtet, niemals billiger zu liefern, als derjenige, dem die Leitung der Coalition die bestimmte Submission im Inlande preisgegeben hat. Nur im Auslande ist die Concurrenz frei. Wir subventioniren also mit der nationalen Arbeit nicht die nationale, sondern die ausländische Consumtion und Verkehrsentwickelung. Da es bei den Schienen eben so ist, können uns natürlich Rußland und Oesterreich auf ihren billig gebauten Bahnen das Getreide billig zuführen. Und nun soll ein höherer Eisenbahn-Tarif oder Zoll die Einfuhr hindern. So dreht sich diese Wirthschaftspolitik immer im Kreise, indem sie Medicin für die von ihr hervorgerufenen Uebel verschreibt.

Nicht die gesammte Eisenindustrie ist mit der Erhöhung der Eisenzölle einverstanden; nur die Hochofenbesitzer, die Puddel- und Hüttenwerke und die Maschinenfabriken verlangen sie. Die Kleineisenindustrie will Nichts davon wissen, weil sie dadurch geschädigt wird. Die Kleineisenindustrie ist vorzugsweise Kleinbetrieb und der Kleinbetrieb in der Verarbeitung von Eisen, (Geschäft von weniger als 5 Arbeitern) beschäftigt eben so viel Personen, nämlich 155,000, als der Großbetrieb in der Verarbeitung von Eisen. In meinem Wahlkreise besonders protestiren diese Industriellen gegen Erhöhung des Zolles und ich vertrete sie, nicht weil ich als ihr Abgeordneter ihnen dies eingegeben; schon Abg. v. Vincke hat den Kreis Hagen ebenso gegen Zollerhöhungen vertreten. Die Kleineisenindustrie (im Anfang dieses Jahrhunderts entstanden und dem Auslande gegenüber concurrenzfähig geworden, ohne je vom Gründungs- und Actienschwindel ergriffen worden zu sein) beschäftigt in diesem Kreise 8000 Menschen, vorzugsweise kleine Meister mit wenig Gesellen; Schlosser, Klempner, Schmiede, Nagelfabrikanten u. s. w. Man hat Herrn v. Wedell-Malchow in der Enquete-Commission gewissermaßen vorgeworfen, daß er seinem Schmied die Vortheile der Aufhebung des Eisenzolles überläßt. Aber hat jener Schmied nicht mehr Recht auf den natürlichen billigen Bezug des Eisens wie der Großindustrielle und Actionär auf Vertheuerung desselben durch den Zoll? In meinem Wahlkreise rufen mich jetzt selbst meine politischen Gegner in Schwelm an, sie gegen die Vernichtung ihrer Band- und Litzenfabrikation durch Vertheuerung der englischen Baumwollengarne zu schützen. Sehen Sie sich die Webeindustrie im Wupperthal, in Crefeld und am ganzen Niederrhein an! Bis zu ¾ arbeitet sie für das Ausland und wird durch die Garnzölle geschädigt. Sie ist Hausindustrie, kleine Meister arbeiten am eigenen Webstuhl, haben dabei etwas Land, aus dem sie um so mehr zu ziehen suchen, wenn die Weberei sich weniger bezahlt. Da ist nicht der krasse Gegensatz zwischen den Großcapitalisten und den Arbeitern. Die Wahlkreise der Herren aus dem Centrum sind nicht vorzugsweise am Schutzzoll interessirt.

Ich kenne Herrn Reichensperger (Crefeld) als einen viel zu vorsichtigen Mann, er wird es sich noch sehr überlegen, ehe er aus den Theorien seines Bruders Peter für den Wahlkreis Crefeld Consequenzen zieht, welche die Seidenindustrie am Niederrheim ihrem Ruin entgegenführen müssen, der nichts auf der anderen Seite gegenübersteht als die Interessen der Baumwollenspinnerei; letztere beschäftigt nicht so viel Arbeiter in Deutschland als diese rheinische Seidenindustrie. Nicht allein vom Rhein, von allen Seiten kommen Klagen. Aus dem Erzgebirge, Apolda, Thüringen, wo man überall den Nachweis führt, wie die Interessen der Webeindustrie, der Strumpf- und Strickwaaren geschädigt werden. Man hat von den Beschäftigungen der Frauen gesprochen. Gerade in dieser Hausindustrie, wie sie bei der Wäschefabrikation und bei den Wollenwaaren stattfindet, finden sie einen natürlichen Erwerb. Lesen Sie die Eingabe der Berliner Wollwaarenfabrikanten. 16,000 weibliche Arbeiter beschäftigt die Textilindustrie in Berlin und zwar zu Hause, z. B. für Phantasiearbeiten, Damen- und Herren-Confection. In Bielefeld werden 2500 weibliche Arbeiter in der Haus-Industrie an 2000 Nähmaschinen beschäftigt. Darf man, während man Vereine für die erweiterte Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts protegirt, eine Politik einschlagen, die gerade die vorhandene Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts vermindert und nach der Seite der Exportindustrie zahlreiche Existenzen, die in der Hausindustrie ihr Brot finden, schädigt. Die Baumwollenspinnereien beschäftigen auch Frauen und Kinder, aber wer jemals in der Nähe von Baumwollenspinnereien gewohnt hat, weiß, was dagegen für sociale Mißstände diese Art der Großindustrie in ihrer Beschäftigung der Frauen und Kinder mit sich führt. Haben wir irgend ein Interesse, zu Gunsten der großen Baumwollenspinnereien andere Industrien zu schädigen, in denen das weibliche Geschlecht eine natürlichere und social passendere Beschäftigung findet.

Wessen Interesse steht auch mehr gegenüber dieser Zollpolitik außer dem der Hausindustrie als die Interessen des deutschen Handwerkers? Den 200,000 Schneiderwerkstätten Deutschlands werden durch den neuen Zolltarif ihre Stoffe, Werkzeuge und Materialien vertheuert. Aus dem Auslande kommen nicht 6000 Ctr. Kleider herein, also nicht mehr, als um gerade Muster über den ausländischen Geschmack zu bekommen. Die Ausfuhrinteressen dieses Handwerks übersteigen hier sechsfach die Einfuhr; die deutschen Kleider gehen weit in das Ausland. Den Schuhmachern vertheuern wir das Leder und die Maschinen, ohne daß erhöhte Schuhwaarenzölle irgend eine praktische Bedeutung für sie hätten. Aehnlich verhält es sich mit den Böttchern, Buchbindern und Juwelieren, die auch ihr Exportgeschäft haben und wesentlich geschädigt werden. Hier und nicht durch Versuche der Wiederherstellung veralteter Zunfteinrichtungen sind wirkliche, wahrhafte Handwerkerinteressen zu vertreten; hier ist deutsches Handwerk, das mit der Großindustrie in hartem Kampfe liegt. Wir wollen nicht durch Schutzzölle die letztere zum Schaden des Handwerks befördern. Die genannten Zweige vertreten die echt nationale Arbeit, die natürlich gewachsen ist und sich für ihren Absatz die Welt erobert. Deutscher Fleiß und deutsche Genügsamkeit haben diesen Handwerkszweigen, dieser Hausindustrie die Weltmärkte geöffnet. Ebenso falsch ist es, daß die Interessen der Arbeiter durch Schutzzölle gefördert werden. In den Motiven wird überall gesagt, man habe die inländische Ueberproduction nicht vermindern können, weil das Ausland durch seine Concurrenz gezwungen hätte, die Production trotz der schlechten Zeiten auf derselben Höhe zu erhalten. Daraus folgt, daß man, wenn jener Stachel des Auslandes wegfällt, die innere Production mehr einschränkt und noch mehr Arbeiter entläßt.

Der Vortheil des Arbeitgebers hängt nur dann mit der Größe des Absatzes zusammen, wenn die freie Concurrenz besteht. Fällt sie fort, so sucht der Arbeitgeber seinen Vortheil in den höheren Preisen und erzielt ihn selbst bei geringerer Production und selbst bei geringerem Absatz. Je höher die Preise sind, desto geringer ist überall die Consumtion und je geringer die Nachfrage, um so weniger Gelegenheit, Arbeiter zu beschäftigen. Darum muß diese Politik nach der einen Seite zur Arbeiterentlassung führen. Die entlassenen Arbeiter aus anderen Zweigen werden dann auch noch auf die Löhne in den Zweigen drücken, welche durch die Zollpolitik angeblich in erster Linie geschützt sind. Wenn aber wirklich in Folge veränderter Conjuncturen die Löhne steigen, so hat der Arbeitgeber doch die Möglichkeit, von auswärts Arbeiter heranzuziehen und durch die freie Concurrenz der Arbeiter unter sich die Löhne niederzuhalten. Wenn einmal Schutzzoll, dann auch Schutzzoll auf ausländische Arbeiter! Ich erinnere an den Crawall auf dem Alexanderplatz. Die Berliner Arbeiter sahen mißmüthig drein, da auswärtige Arbeiter die Canalisationsröhren billiger legten. Damals wurde die Polizei aufgeboten im Namen der freien Concurrenz, hier wird nun die Gesetzmacht aufgeboten zu Gunsten der Capitalisten, um die freie Concurrenz auszuschließen. Wenn man Berlin verhindert, seine Canalröhren aus dem Auslande zu beziehen, so billig wie es will, so können die Arbeiter mit demselben Recht verlangen, daß man nicht Arbeiter zum Legen der Canalröhren aus dem Auslande bezieht, um ihnen dadurch die Löhne herabzudrücken. (Abg. Fritzsche: Sehr richtig!) Ich gebe das dem Herrn Mosle zu bedenken; vielleicht findet er im Verein mit dem Reichskanzler ein Mittel, um auch nach dieser Seite sein System logisch auszubauen. Man bedauert die armen Capitalisten, weil sie ihr Capital schlecht verzinsen. Sie verzinsen es nicht in Folge jener großen Capitalsanlagen in der Zeit der Gründungen und Schwindeleien. Der Abg. Reichensperger bedauerte, daß zu jener Zeit nicht ein Gesetzesparagraph bestanden habe, der dieses verhindert hätte. Vielleicht, weil er vorzugsweise Jurist ist, kennt er nur Strafen juristischer Natur. Wir aber kennen auch eine sittlich berechtigte Strafe wirthschaftlicher Natur.

So ist z. B. das, was solche Capitalisten heute zu wenig einnehmen, die Strafe für das, was sie in den Gründerjahren verschuldet haben. (Sehr richtig! links.) Eine juristische Strafe vermöchte dies nicht auszugleichen und man hüte sich, diese sittliche Verantwortlichkeit, diese wirthschaftliche Strafe durch den Schutzzolltarif von jenen Klassen abzunehmen, die damals gegründet haben: das ist die schlimmste Prämie, die auf die Wiederholung solcher Dinge gezahlt werden kann. Es ist ganz richtig, daß, wenn in gewissen Industriezweigen aus allgemeinen Gründen die Conjunctur sich wieder bessert, dann, weil man den Schutzzoll hat und die Concurrenz des Auslandes nicht an der Conjunctur Theil nimmt, vielleicht die Arbeitslöhne steigen. Sie gehen aber um so rapider zurück, wenn die Conjunctur sich wendet. Ein rascher Auf- und Niedergang der Löhne frommt dem Arbeiter nicht, sondern in seinem Interesse liegt ein stetig langsam steigende Lohnerhöhung. Gerade für diese ist das Freihandelssystem ein Hebel. Einmal schränkt es ein rapides Hinaufgehen bei günstigen Conjuncturen ein durch ausländische Concurrenz und andererseits hindert es bei schlechter Conjunctur ein allzu tiefes Sinken, indem die inländische Industrie fortarbeiten und die Arbeiter beschäftigen muß, weil sie die Concurrenz des Auslandes dazu zwingt. Nach allen diesen Richtungen ist also die Schutzzollpolitik dem Interesse der Arbeiter schädlich. Die Vertheuerung der Lebensmittel fällt am schwersten auf die arbeitenden Klassen. Der Reichskanzler hat davon gesprochen, wie hart es sei, daß Jemand, der auf seinem Gute Schulden hat, ebensoviel Grundsteuer bezahlt als ein Anderer. Mit noch größerem Recht hätte er davon sprechen können, wie hart es für Jemanden, der eine starke Familie hat, ist, daß er nach seinem System der Verbrauchsabgaben an indirecten Steuern weit mehr zahlen muß, wie Jemand, der eine geringe oder gar keine Familie hat. Ob Jemand viel oder wenig Kinder hat, der Arbeitgeber zahlt ihm deshalb nicht mehr Lohn. Eine Ueberwälzung auf den Lohn findet also nicht statt.

Man hat in den Motiven den Zoll auf Ochsen damit entschuldigt, daß man sagte, Ochsen würden doch nur vorzugsweise oder fast ausschließlich in den wohlhabenderen Klassen verzehrt. Von den Schweinen aber heißt es in den Motiven, daß das Schweinefleisch und was mit den Schweinen zusammenhängt, vorzugsweise in den unbemittelten Klassen verzehrt wird. Das hindert jedoch diese Zollpolitik nicht, auf das Schmalz beispielsweise einen doppelt so hohen Zoll nach dem Werthe zu legen, als auf die Ochsen, welche angeblich nur von den wohlhabenderen Klassen verzehrt werden. Aus einer Statistik über den Fleischverbrauch Berlins während des ersten Viertels des Jahres 1879 im Vergleich zu dem ersten Vierteljahre 1878 können in Berlin verzehrt worden sein im ersten Quartal dieses Jahres 2066 Ochsen weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, d. i. der 9. Theil des Consums des ganzen vorigen Jahres; ferner 18,167 Schafe, das ist ein noch stärkerer Heruntergang; endlich 114,296 Schweine, gegen das Vorjahr 9811 mehr. Trotzdem die Bevölkerungsziffer Berlins von 1,024,650 am 30. März v. J. auf 1,055,392 am 29. März d. J., also um 30,742 Köpfe, gestiegen ist, hat der Fleischverbrauch abgenommen. Wir sehen, daß immer mehr Klassen vom Verzehren des Ochsen- zu dem des Schweinefleisches übergehen. Und doch hält man sich für berechtigt, gerade jetzt einen Zoll auf Schmalz, Speck und Schweine zu legen! Wer hat den Nutzen von diesem Zollsystem? Man spricht von den Landwirthen. Der Reichskanzler meint, die Zahl unserer Besitzer sei statistisch nicht festzustellen. So viel wissen wir, daß die Zahl der Besitzer unter 30 Morgen in Preußen, wo verhältnißmäßig der größere Besitz stärker ist, 80 pCt., im Westen, in der Rheinprovinz, sogar 96 pCt. beträgt, daß also nur 4 pCt. der Besitzer in der Lage sind, über 30 Morgen zu bewirthschaften. Und doch ist gerade diese Ziffer als diejenige bezeichnet worden, wo es erst möglich ist, mehr Korn zu produciren, als die Haushaltung gebraucht, wo also erst der Nutzen anfängt. Kommt etwa der Getreidezoll zu gute den Pächtern, die im Schweiß ihres Angesichts arbeiten, wie der Reichskanzler meint. Nein, je höher die Preise in Folge der Kornzölle steigen, je höher steigert sich bei einer Erneuerung des Pachtvertrages in der Regel die Pacht.

Die Kornzölle kommen vielmehr nur zu gute der Grundrente, also denjenigen, welche die Landwirthschaft nur betreiben, indem sie unter die Pachtquittung ihre Unterschrift setzen. Man hat davon gesprochen, daß die Grundrente in Folge neuer Eisenbahnen steigt. Die Periode der Aufschließung der Landwirthschaft durch die Eisenbahnen war die Periode der Steigerung der Grundrente. Da haben sich die Grundbesitzer gern die freie Concurrenz der Consumenten durch die Eisenbahnen gefallen lassen und das wollen sie auch noch heute und sie wollen selbst die freie Concurrenz der ausländischen Consumenten bei ihrer nationalen Arbeit zugelassen wissen. Aber kann man das zulassen ohne auch die Concurrenz der Producenten bei der Zufuhr ihrer Producte freizugeben? Weil jetzt durch das Eisenbahnnetz weitere Productionskreise als im Inlande aufgeschlossen werden, darum müssen sich die Landwirthe gefallen lassen, daß jene Bewegung in der Erhöhung ihrer Grundrente nicht so fort geht wie bisher. Sie wird auch so fort gehen, wenn man es sich nur angelegen sein lassen will, die veränderten Wirthschaftsverhältnisse der Betriebsweise der Güter mehr anzupassen; aber die Grundbesitzer sollen nicht dadurch gesichert werden, daß man mit dem Kornzoll eine Prämie auf einen Getreidebau setzt, der nach dem landwirthschaftlichen Bericht des Ministers nicht mehr zeitgemäß und im letzten Grunde nicht zum Vortheile des Grundbesitzers selbst ist. Das Privateigenthum an Grund und Boden verliert in dem Augenblicke jede sittliche und wirthschaftliche Berechtigung, in welchem es ablehnt, das Risico der Conjunctur zu tragen. Ein Eigenthum als Monopol darf nur in der Hand des Staates sein, das Privateigenthum verträgt sich nicht mit dem Monopol, die Bewirthschaftung verträgt sich nur mit der freien Concurrenz aller Producenten. Man hat in Berlin in der Gründerzeit oft in Kreisen, die nichts weniger als socialistisch sind, die Idee vertheidigt, ob es nicht überhaupt an der Zeit wäre, das Privateigenthum an Grund und Boden in den Städten aufzuheben. Heute denkt Niemand mehr daran, heute hat sich die Sache in den Städten umgekehrt, jetzt ist der Werth unter anderer Conjunctur gesunken.

Wer giebt den Berliner Hausbesitzern jetzt etwas dafür, daß die Grundrente weniger werth und die Miethe gesunken ist? Will sich der Abg. Mosle vielleicht anheischig machen, mit dem Reichskanzler darüber zu sprechen, ob nicht eine Surtaxe auf diejenigen zu legen sei, die auf dem Lande wohnen und dadurch das Steigen der Miethspreise in Berlin verhindern? (Heiterkeit.) Für die Hausbesitzer in Städten haben wir nur die hoch veranlagte Gebäudesteuer, deren Ermäßigung er gegen unsere Bestrebungen einst ablehnte. Die, welche im Schweiße ihres Angesichts die Forstwirthschaft treiben, der Holzhauer und der Förster, haben auch von den Zöllen nichts (Rufe: Oho!), sondern die Steigerung der Grundrente ist für die Leute, welche nach des Reichskanzlers Meinung zahlreich im Reichstage und bei Borchardt sitzen und sich von der Forstbewirthschaftung nur die Jagd reservirt haben, der sie vielleicht im Schweiße des Angesichts obliegen. (Heiterkeit.) Dieser kleinen, durch Glücksgüter, vielfach durch Erstgeburt bevorzugten Minderheit zu Liebe sollen wir durch Zollerhöhungen das ganze übrige Land, auch die Landwirthschaft, schädigen, da diese doch ihr Bau-Nutzholz in vielen Provinzen nicht selbst ziehen kann. Bei genauer Rechnung werden die Landwirthe finden, daß sie die Kosten der sehr bestechenden angeblich landwirthschaftlichen Zölle zu tragen haben; wie Jemand, der für ein Linsengericht Grundsätze, die er bisher im eigenen Interesse vertreten hat, aufgeben soll. Die Geister, die man durch die Agitation für die Kornzölle wachgerufen hat, lassen sich jetzt nicht mehr mit 25 Pf. nach Hause schicken. Der Ausspruch Moltke's, daß die socialistischen Führer von ihren Hintermännern weiter gedrängt würden, als sie selbst wollten, bewahrheitet sich hier. Wir wollen nun warten, ob solche Anträge auf Erhöhung der Kornzölle — Aussicht haben sie doch wohl nicht — hervortreten werden. (Rufe: Ja!) Dann habe ich also richtig prophezeit.

Die Schutzzollagitation ist übrigens in den industriellen Kreisen erwachsen und dann an den Reichskanzler herangetreten. In die Kreise der Landwirthe wurde sie von oben erst hereingetragen. (Unruhe.) Der Deutsche Landwirthschaftsrath, der wesentlich aus Hochconservativen und dem Reichskanzler persönlich gewiß sehr ergebenen Männern zusammengesetzt ist, verhielt sich aber dem gegenüber sehr kühl. Wenige Stimmen fehlten hier zur ausdrücklichen Zurückweisung der Getreidezölle; der Höflichkeit wegen schweigt man sich darüber noch heute aus. Träger der Agitation ist jener Agitatorenclub, der unter dem stolzen Namen „Congreß deutscher Landwirthe" (Unruhe) dem Landwirthschaftsrath die Landwirthschafts-Vereine aus den Händen zu nehmen versucht, und jedem Verein die Postkarten mit den gewünschten Zustimmungs-Adressen an den Reichskanzler zugeschickt hat; da haben nun allerdings die Herren Landräthe nach Kräften nachgeholfen. Die selbstständig denkenden Landwirthe stehen wohl heute

noch zu dieser Frage mindestens sehr kühl, und täusche ich mich nicht, so ist den Großgrundbesitzern der Rechten bei dieser ganzen Zollfrage gar nicht so wohl zu Muth, wie es Manchem scheinen könnte. (Heiterkeit; sehr richtig!) Ich taxire sie viel höher, als man vielleicht meint. So gern Sie sonst viele Steuern bewilligt sehen möchten, so würde doch Mancher dem Himmel danken, wenn der Reichskanzler die Prüfung an ihm vorübergehen ließe, und der landwirthschaftliche und industrielle Theil des Zolltarifs gar nicht zur Abstimmung käme. Der Compromißvorschlag des Herrn v. Minnigerode auf Handelsfreiheit bis Stolpemünde hin beweist am besten, in welcher inneren Bedrängniß diese Herren sich befinden. (Heiterkeit.) Die Agitation ist selbstständig erwachsen im Kreise der Industrie. Man spricht vom autonomen Tarif des Centralverbandes der Industriellen. Die große Parade, welche der Centralverband der Industriellen im Februar 1878 hier abhielt, als der Geh. Rath Tiedeman seinen Toast auf die Manen von Friedrich List ausbrachte (Große Heiterkeit), umfaßte 679 Personen. Es waren anwesend 272 Vertreter der Textilindustrie — meist Spinnereien, 160 Vertreter der Eisenbranche — natürlich auch nur Großindustrie. Das sind ⅝ des Centralverbandes.

Dann kommt die chemische Industrie mit 22, Bergbau und Glas-Industrie mit je 12, Papier mit 6. Dann kommt ein Titel Landwirthschaft, im Allgemeinen 30 bis 40. (Heiterkeit. Sehr gut! links.) Dazu kommen noch einige Oele, Porzellan, Spiritus u. A. Das ist die ganze Gesellschaft. (Heiterkeit.) Sie maßt sich an, einen Tarif aufzustellen für Industrien, der sie gar nicht angehören und die ihnen gar keinen Auftrag gegeben haben. An diesem Centralverband, an diesem Tarif ist nichts autonom, wie die Willkür der Verfasser, der Herren Beutner und Grothe, mit der sie die Sache abgefaßt haben. (Heiterkeit.) Die eigentliche Industrie, die Halb-Industrie, alle anderen Zweige der Großindustrie, die nicht vertreten waren, hat gar nicht geglaubt, daß diese Sache möglich sei; sie kommt jetzt an uns voll Zorn und Verwunderung, daß so etwas in Deutschland möglich sei. Sind das etwa Leute, die sich Phrasen über Schutzzoll und Freihandel von erkauften General-Secretären schreiben lassen? Hier spricht man selbst, nicht durch den Verwaltungsrath, wie in Actien-Gesellschaften, hier kommen die Leute selbst. Ich kann mich gar nicht mehr lassen vor Deputationen und Zuschriften von Leuten, die nicht um Schutzzoll bitten, sondern um Schutz gegen ihre Abgeordneten; Leute, die bisher mir politisch fern gestanden haben, die jetzt kommen und sagen: Wir sind bisher Ihre Gegner gewesen, aber schützen Sie uns gegen die Abgeordneten, die wir gewählt haben im vorigen Sommer, als wir geglaubt haben, es ginge gegen die Socialdemokratie allein. Der Tarif von 1864, sagt Reichensperger, ist von Geheimräthen gemacht. Ist dieser Tarif nicht auch von Geheimräthen gemacht (Heiterkeit), von Geheimräthen, die ihre Sachkenntniß in Zollvereinssachen der Welt so lange zu verbergen wußten, bis der Reichskanzler sie selbst in die Tarif-Commission berief. (Heiterkeit.)

Damals fragte man wenigstens die Handelskammern. Ihre Enquete von 1876 aber, zu deren Vollbringung der Minister Hofmann sie noch im vorigen Frühjahr bei einem Essen im Kaiserhof beglückwünschte, weil diese Arbeit alle anderen überflüssig mache und die Regierungen ihre Instructionen danach geschrieben hätten, ist in den Motiven der Vorlagen nirgends erwähnt, sondern immer nur der autonome Tarif des Centralverbandes. Ich weiß nicht, ob Herr Reichensperger mit seinem Vorwurfe auf die Geheimräthe nur eine gewisse moderne Schule von Geheimräthen meint. Meint er aber mit den Geheimräthen unseren altpreußischen Beamtenstand, dann trete ich für diesen ein. Er hat es verstanden durch seine Sachkenntniß, Uneigennützigkeit und Gemeinsinn die allgemeinen Interessen in Preußen und Deutschland zu schützen gegen das Heranstürmen von Sonderinteressen und gegen das Unterordnen des allgemeinen Interesses unter das einzelne Privatinteresse. (Bravo! links.) Dieses alte preußische Beamtenthum, das ist ein Fundament gewesen zu Preußens Größe und es sind Geheimräthe gewesen, die oft ohne technischen Beirath jene Gesetze geschrieben haben, die in Preußen den Bauernstand befreit haben, die es ermöglicht haben, daß Preußen das geworden ist, was es heute ist. (Bravo! links!) Und wir freuen uns, einen solchen Geheimrath, gerade denjenigen, der 1864 am meisten mitgewirkt hat und der dabei gewesen ist, bei allen Tariffestsetzungen von 1850 an, in unserer Mitte zu sehen. Wir sehen in dem Abgeordneten Delbrück keinen politischen Führer, keinen Parteimann, er steht uns als Abgeordneter so politisch fremd gegenüber, wie als Minister. Der Politiker Delbrück ist kein anderer hier in diesem Hause, in unseren Augen, als er jemals gewesen ist. Was dieser Abgeordnete vertheidigt, das ist die Arbeit seines Lebens, die er hier gegen die Zerstörung vertheidigt. (Bravo! links.)

Das ist jener preußische Beamtenstand, der nicht, wenn er das Amt verläßt und die Uniform auszieht, sich nun entledigt glaubt der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, sondern der eintritt, auch außer dem Amt für das, was er im Amt geschaffen hat. Das ist jener altpreußische Beamtenstand, für den das Amt nicht Selbstzweck ist (Sehr gut! links), sondern für den das Amt Mittel zum Zweck gewesen ist, um das, was er im öffentlichen Interesse seiner Ueberzeugung nach für richtig hielt, zum Heile des Allgemeinen zu verfolgen. (Bravo! links.) In solcher Zeit wissen wir das besonders zu schätzen, in einer Zeit, wo in weiten Kreisen des Volkes sich ein Servilismus breit zu machen anfängt (Sehr wahr! links), der die Ueberzeugung preisgiebt, dem scharfen Auge des Reichskanzlers gegenüber ihm zu Füßen liegt und sich noch spreizt in seinem Renegatenthum. (Bravo! links; Unruhe rechts.) Ja, was Herr Delbrück hier vertheidigt, sind die Traditionen des preußischen Beamtenthums, die zugleich sind die Traditionen des preußischen Staates überhaupt. Nichts ist falscher, als diese Politik zurückzuführen auf die Tradition unseres alten Preußens. Lesen Sie doch die Verhandlungen, lesen Sie, wie ernsthaft jene Männer im Staatsrath beriethen, über die Nothwendigkeit der Abschaffung des alten Systems der indirecten Steuer. Das war die Zeit, die die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine directe Steuerpflicht der Bürger schuf. Das ist das Fundament unseres Staatslebens, durch welches Preußen und Deutschland entstanden ist und an diesem soll man uns nicht rütteln wollen im Namen der Vertheidigung des altpreußischen Staaates (Bravo). Der Reichskanzler will eine nationale wirthschaftliche Politik herbeiführen, weist aber auf das Vorbild Frankreichs, Englands hin und nennt sogar Rußland das Ideal seiner Pläne. (Heiterkeit, Widerspruch rechts.) Warum widersprachen Sie nicht, als der Reichskanzler das sagte (Heiterkeit), nimmt sich denn das anders aus, wenn ich es sage? Hat er nicht gesagt, daß er den russischen Zuständen nacheifert? (Rufe: nein!) Ich habe nicht umsonst den schleunigen Druck dieser Reden beantragt; der Reichskanzler schilderte den Reichthum und das Wachsthum Rußlands, dessen Boden nicht durch Kornzölle im Werthe erhöht ist, daß es Rußland gut gehe trotz des Krieges und daß man dort die Kopfsteuer abschaffen wolle.

Wenn letzteres wahr ist, was ich nicht weiß, so geschieht es nur, weil das russische Staatswesen nicht mehr wagen kann, directe Steuern von seinen Unterthanen zu erheben, die immer mehr zu dem Bewußtsein kommen, daß ein solches absolutistisches Staatswesen die directen Steuern, die man bezahlt, nicht werth ist. Nur der freie Staat kann directe Steuern erheben, nur ein selbstbewußtes, seine staatlichen Einrichtungen schätzendes Volk zahlt solche Steuern gern. (Heiterkeit.) Nach Angabe des Reichskanzlers soll die Verschuldung des Grundbesitzes noch aus den Kriegen am Anfang dieses Jahrhunderts herrühren. Bürgerliche hatten damals überhaupt noch keinen großen Grundbesitz. Aber näher läge die Betrachtung, wie gerade unter den letzten Kriegen in Deutschland die kleinen Leute gelitten haben. Aus ihren Papieren, die gelegentlich durch unsere Hand gehen, ersieht man so recht, welche großen Opfer kleinen Geschäften durch wiederholte Einziehung der Männer zum Kriegsdienst auferlegt sind, und wie theuer uns die deutsche Einheit zu stehen gekommen ist. Um so weniger dürfte man gerade diesen Massen mit neuen Zöllen und Verbrauchsabgaben die Hauptsteuerlast zuschieben. Wie häßlich ist doch der Petroleumzoll! Weit irrationeller noch, als die Salzsteuer! Früher lehnten wir den Petroleumzoll ab, obwohl er als Entschädigung für Aufhebung anderer Zölle dienen sollte. Heute sollen wir ihn noch als Zulage zu anderen Zöllen annehmen. Darf man derart die Quelle des Lichtes, der Arbeit und der Bildung vertheuern? (Oho! rechts.) Warum rufen Sie dem Reichskanzler nicht zu, wenn er von der Noth des Volkes, allerdings in höheren Kreisen, spricht? Die Motive selbst gestehen durch die Ertragsberechnung ein, daß es nach diesem Petroleumzoll um ¼ dunkler in Deutschland werden wird.

Der Reichskanzler freilich hat gar nicht von neuen Steuern gesprochen, die noch eingeführt werden sollen, sondern nur von denen, die er gern aufheben möchte, obwohl letztere in das Ressort des preußischen Finanzministers fallen, während das des Reichskanzlers die neuen Steuern einführt. Bezaubernd war allerdings die Rede des Kanzlers, der aus seinem Hut für Jeden die schönsten Geschenke hervorbringt, ohne daß man gewahrt, woher er sie nimmt und als man den Hut für erschöpft hielt, da flog noch ein Bouquet in den zweiten Rang, zu den Beamten. Der Erlaß der Einkommensteuer wird ihnen in Aussicht gestellt, wohl, um sie zu trösten darüber, daß er so unlogisch ist, sie mit Zöllen und Verbrauchssteuern zu belasten, ohne gleichzeitig das Gehalt zu erhöhen. Mir fiel eine Rede des Reichskanzlers ein, die er am 1. Mai 1872 gegen mich gehalten, als ich in der Milliardenzeit die Aufhebung der halben Salzsteuer verlangte. Er meinte, es sei mit der politischen Verantwortlichkeit nicht zu vereinbaren, dem Wähler die Annehmlichkeit zu sagen, daß er eigentlich zu viel Steuern zahle. (Hört! links.) Man solle sich doch die Folgen vergegenwärtigen von Schmeicheleien dem Wähler gegenüber und nicht mit Versprechungen freigebig sein, die man doch nicht halten könne. (Hört! Hört! links.) Diese Rede gebe ich dem Kanzler heute zurück. Wie nützt man die Kanzlerrede nun weiter aus? Das Teltower Kreisblatt mit der Vignette des preußischen Adlers giebt ein Extrablatt aus, um, wie es sagt, die frohe Botschaft des Kanzlers, die versprochenen Steuererlasse, möglichst früh mitzutheilen. Die Versprechungen auf Steuererlasse werden dreifach so groß wie das Uebrige gedruckt. (Heiterkeit.) Für wie dumm hält man denn eigentlich die Bauern? In meinem Kreise und meiner Bekanntschaft sind sie so klug wie andere Leute auch, so klug, daß, wenn ihnen Jemand in der Politik so besonders die Hand drückt und unter schönen Versprechungen von ihren Schulden und was sie sonst drückt, spricht, sie gerade deshalb mißtrauisch werden und sich die Taschen zuhalten, weil sie meinen, daß ein solcher Herr ihnen viel mehr abnehmen als geben will.

Wäre der Reichskanzler ein solcher Spender von Wohlthaten, wie schlecht wären die Abgeordneten, ihn in der Verwirklichung auch nur durch lange Reden aufzuhalten. (Sehr richtig! rechts.) Ja, wenn es sich nur verwirklicht! (Heiterkeit links.) Herr Hobrecht will den Vorwurf des Abg. Bamberger nicht gelten lassen, daß solche Art den Socialismus begünstige. Die Regierung, sagt er, bekämpfe nicht das wirthschaftliche Programm, sondern nur die Methode der Socialisten. Wir freilich bekämpfen Beides; wir wollen die Allgemeinheit weder ausbeuten lassen durch die Staatsmacht zu Gunsten von Arbeiterklassen, noch zu Gunsten des Großcapitals. Herr Hobrecht tadelte die Socialisten, weil sie die Bescheidenheit und Arbeitslust in der Bevölkerung verminderten. War etwa die Rede des Kanzlers geeignet, die Bescheidenheit in den Ansprüchen an den Staat oder die Arbeitslust zu vermehren, indem er statt auf Selbsthilfe auf die Staatshilfe durch den Zolltarif im weitesten Umfange verwies? Ferdinand Lassalle sprach zu den Arbeitern in seinen Schriften auch nur von den Hundert Millionen, die er ihnen geben wollte, ohne sich damit zu beschäftigen, woher sie zu nehmen seien. Auch er sagte, blos die Richtung wolle er angeben, die Ausführung des Details finde sich später. Derselbe Eindruck war nicht blos bei mir vorhanden, ein socialistischer College stand in meiner Nähe, und obwohl ich nicht der Vertrauensmann der Socialisten bin, konnte er sich doch nicht enthalten, zu mir am Schluß der Rede des Kanzlers die zutreffende Bemerkung zu machen, welche ich später auch noch von vielen Anderen gehört habe: „Was würde man sagen, wenn so wie der Kanzler hier ein Anderer gesprochen hätte, der eben nicht Fürst Bismarck wäre?" Herr Hobrecht hat, und das kann nicht genug anerkannt werden, vorgestern die Rede des Kanzlers wörtlich als „Zukunftsmusik" bezeichnet. (Hört! Hört!) Nun, wenn es sich darum handelt, da kann ich noch viel schönere Musik machen, wie der Reichskanzler. (Große Heiterkeit.)

Ich bin der Meinung, daß auch viele Personen mit einem fundirten Einkommen über 1000 Thlr. oder einem Einkommen von über 2000 Thlr. noch Manches entbehren und zu wünschen haben. Ich meine, das Steuern überhaupt vom Uebel sind und nach meiner Zukunftsmusik müßten alle Steuern abgeschafft werden. (Heiterkeit.) Es kommt eben immer darauf an, welche Art und wie viel neue Steuern man für die abgeschafften einführt. Aber von den neu aufzunehmenden Steuern hat er gar nicht gesprochen; er hat Abschaffung von Steuern verheißen, die selbst mit allen hier vorgeschlagenen neuen Steuern nicht entfernt gedeckt werden können. Schon als gewissenhafter Beamter mußte Herr Hobrecht dies rectificiren.

Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen, ich glaube, er hat soeben die Grenze des parlamentarisch Zulässigen überschritten, wenn er sagt, der Herr Finanzminister Hobrecht sei verpflichtet gewesen, als einfacher gewissenhafter Beamter, das zu corrigiren, was der Herr Reichskanzler hier gesagt hat. Ich halte das nicht für zulässig, denn es ist dadurch der Rede des Herrn Reichskanzlers ein Charakter gegeben, der ihr in diesem Hause nicht gegeben werden darf. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Richter fährt fort: Der Herr Präsident würde aus meinen weiteren Ausführungen sofort selbst entnommen haben, daß diese Auffassung mir fern gelegen hat. Ich will eben jetzt näher ausführen, was Herrn Hobrecht als ausführenden und verantwortlichen Finanzminister mit seinem schärferen Verantwortlichkeitsbewußtsein nöthigte, mit seiner besseren Finanzkenntniß zu den Ausführungen des Kanzlers Stellung zu nehmen. Nicht darin liegt der Hauptwerth der Erklärung des Herrn Hobrecht, daß er in der Abschaffung der directen Steuern den Kanzler nur bis zur Hälfte des Weges begleiten will, — ich zweifle nicht, daß der Reichskanzler für den weiteren Theil des Weges einen anderen Finanzminister finden kann —, sondern darin, daß er sagt, diese neuen Steuern haben zunächst nicht den Zweck, die Steuern abzuschaffen, sondern sollen zur Deckung von Ausgaben benutzt werden, die für Preußen allein auf 144 Millionen Mark zu veranschlagen sind, für das Reich also 70 Millionen Mark betragen. Also erst, wenn diese 70 Millionen vorab bestritten sind, kommen Steuererlasse in Frage. Zweitens hat Herr Hobrecht hervorgehoben, daß zu den vom Reichskanzler verkündeten Steuererlassen neue Steuern nicht im Betrage vom 100 oder 166 oder 200 Millionen, sondern von noch weit größerem Betrage erforderlich sind. Er schätzt den Ertrag der hier vorliegenden Zolltarife und Steuergesetze nur auf 100 Millionen. Ich schätze den Ertrag auf 166 Millionen. (Zuruf: Herr Hobrecht auch!) Nun, wenn das richtig ist — um dies zu constatiren, verlangte ich ja gerade vorgestern den stenographischen Bericht — so stimmt seine Rechnung ja ganz genau mit derjenigen, welche ich von Anfang an in der Presse vertreten habe. Da von diesen 166 Millionen aber 70 Millionen auf Ausgabedeckung kommen, so würde der Ueberrest, wie Herr Hobrecht richtig bemerkt, nicht einmal ausreichen für diejenige Hälfte an Steuererlassen, die er für zulässig hält, geschweige denn für die mehr als das Doppelte verlangenden Pläne des Kanzlers.

Ich stimme also mit Herrn Hobrecht überein, wenn er den Ertrag der Steuern und Zölle, die hier verlangt werden, auf 166 Millionen schätzt, sowohl was den rechnungsmäßigen Ertrag dieser Vorlagen betrifft, als was die große Unzulänglichkeit derselben für die Pläne des Kanzlers anlangt. Würde nun auch die Rede des Herrn Hobrecht durch Extrablatt verbreitet, so würde sie jeden falschen Eindruck aus der Rede des Kanzlers benehmen. Von den 166 Millionen entfallen 46 auf Tabaksteuer, 18 auf Brausteuer und circa 100 auf den Zolltarif. Was den letzteren betrifft, so rechne ich 35 Millionen incl. der 15 Millionen Petroleumzoll auf Finanzzölle und etwa 65 Millionen auf Schutzzölle. Die eigentlichen Matricularbeiträge nach Abzug der sogenannten Aversen betragen auch 65 Millionen Mark. Die Herren vom Centrum haben nun aber erklärt, daß sie die Matricularbeiträge nicht abschaffen, sondern zu einem erheblichen Theile beibehalten wollen. Da nun aber die Schutzzölle für sie allein schon so viel einbringen würden wie die Matricularbeiträge, so können die Herren vom Centrum gar nicht einhalten, wenn sie alle geforderten Schutzzölle bewilligen wollen; sie werden deshalb der Bewilligung der Schutzzölle sehr erhebliche Grenzen ziehen müssen. Herr Reichensperger hat gesagt, Finanz- und Schutzzölle seien für das Centrum ganz aparte Gerichte. Dann möchte ich aber bitten, beide Gerichte nicht auf demselben Teller, d. h. in derselben Commission, vorbereiten zu lassen (Sehr richtig!), die Speisen könnten in einander laufen. Wir werden allerdings zuzusehen haben, daß der Reichskanzler nicht mit Hilfe des Centrums die Schutzzölle und eines Theils der Freihändler die Finanzzölle bewilligt erhält. Finanzzölle bewilligt man doch nicht, weil sie an sich etwas Schönes sind, oder weil, wenn die Schutzzöllner Schutzzölle bewilligen, man an Freigebigkeit für den Reichskanzler hinter diesen doch nicht zurückstehen will. Je mehr Schutzzölle der Kanzler erhält, desto mehr Geld hat er schon ohnehin, desto mehr wird unter der schädlichen Einwirkung der Schutzzölle die Leistungsfähigkeit des Volkes geschwächt, mehr Steuern zu tragen. Ich meine, dem Reichskanzler ist überhaupt das Geld die Hauptsache. (Heiterkeit.)

Er sagt dies ja auch ganz offen. Wenn er meint, in dieser Versammlung habe noch Niemand alle Schutzzölle abschaffen wollen, so irrt er. Zwei Personen hatten solche radicale Absichten; er selbst und Dr. Lucius. (Heiterkeit.) Noch 1875 machte er den Freihändlern diesen Vorschlag, und Dr. Lucius erklärte sich zur Ausführung bereit. Damals wollten sich die Freihändler nicht vor sein Steuerprogramm vorspannen lassen; nun, weil ihm der Weg, wie er sagt, nicht gangbar gewesen ist, sollen es die Schutzzöllner thun. Abgesehen vom Gelde ist der Kanzler gar nicht ein so schlimmer Schutzzöllner. Wie würde er sonst Verträge mit Nachbarstaaten über einen Postpackettarif abschließen, die für Fabrikate von hohem Werthe und geringem Gewicht die Schutzzölle geradezu neutralisiren. Die Fortschrittspartei steht dieser ganzen Finanz- und Schutzzollpolitik durchaus nicht activ gegenüber. An sich wären wir geneigt zu einer Steuerreform, aber nicht zu einer bloßen Steuererhöhung, sondern auch Steuerermäßigung. Eine solche hat der Zolltarif nur für blausaures Kali, dessen Genuß, ich weiß nicht, zu welchem Zwecke man dem Steuerzahler verwohlfeilen will. Für uns ist eine Steuerreform nicht denkbar ohne Heranziehung der Branntweinsteuer, am wenigsten eine Erhöhung der Brausteuer, die dann nur eine Prämie für den Branntweingenuß wäre. Eine Steuerreform ist für uns nicht denkbar ohne Reform der technisch im Verfall begriffenen Rübenzuckersteuer. Nur in solcher Verbindung könnten wir einer Erhöhung der Tabakssteuer zustimmen, aber nur auf sehr mäßiger Grundlage, die nicht zerstörend eingreift in diese doch auch nationale Industrie. Meine Partei ist einstimmig in der Verwerfung der Tabaksteuervorlage auf dieser oder ähnlicher Grundlage, in der Verwerfung der Erhöhung der Brausteuer, des Petroleumszolles, der Zölle auf Getreide, Vieh und andere unentbehrliche Lebensmittel, kurzum aller Grundlagen der neuen Steuer- und Zollpolitik.

Damit erscheinen wir denn allerdings als eine Truppe so irregulärer Natur, daß sie sich nicht einschalten läßt in die bekannten Compagnien des Reichskanzlers. Für uns giebt es über diese Grundlagen keinen Compromiß. Was von den Plänen durchdringen sollte, wollen wir nicht durch einen Compromiß befestigen, sondern sobald wie möglich wieder aus der Welt zu schaffen suchen. — So wichtig aber auch die finanzielle und wirthschaftliche Seite der Vorlagen ist, so ist doch die politische Seite an denselben, die Machtfrage, die Hauptsache. Geld ist Macht und jede Geldfrage eine Machtfrage. Die Machtfragen sind dem Reichskanzler ja stets die Hauptsache. Auf dem auswärtigen Gebiet weiß er durch geschickte Benutzung große Erfolge zu erringen; sein Fehler ist nur, daß er auch in der inneren Politik die Machtfrage voranstellt und hiernach die inneren Fragen gleichartig behandelt. Wie mit auswärtigen Staaten verhält er sich zu den inneren Parteien bald freundlich, bald feindlich, wie es ihm die augenblicklichen Machtverhältnisse im Inneren gerade angemessen erscheinen lassen. Bald empfängt er den Führer der Socialisten wie einen Gutsnachbar, bald verfolgt er diejenigen mit der ganzen Staatsmacht, welche der Verführung Jenes nicht so viel Widerstand entgegengesetzt wie er. Bald bietet er gegen eine Partei die ganze Staatsgesetzgebung auf, rührt Fragen um, die das Volk tief im Innersten aufregen, bald verhandelt er wieder nach jeder Seite von Macht zu Macht, einen diplomatischen Ausgleich. Die Führer einer dritten Partei werden von der Kanzlerpresse zu einer Zeit als die besten Patrioten gefeiert, dann wieder als selbstsüchtige Aemterjäger hingestellt. Zwischen der Freundschaft und Gegnerschaft steht beim Kanzler die Methode der dilatorischen Behandlung. Von Benedetti an gerechnet sind auch im Innern große Parteiführer von ihm dilatorisch behandelt worden. Augenblicklich scheint, wenn ich es recht verstehe, Windthorst-Meppen an der Reihe zu sein. (Heiterkeit.) Wie der Reichskanzler die Vorlagen zur Verminderung der Machtstellung des Reichstages zu benutzen sucht, zeigt § 5, der ihn ermächtigen soll, ohne den Reichstag nach Belieben Zollkriege zu führen auf Kosten unserer Industrien, wiewohl schon in der politischen Kriegsführung die Kosten vom Reichstage jedesmal bewilligt werden müssen.

Das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages wird durch diese Vorlage thatsächlich beseitigt. Die Vorlage spricht davon erst gar nicht, entweder weil sie es als etwas Selbstständiges oder als ein Internum des Reichstages, wie beispielsweise die Festsetzung seines Bureau-Etats, ansieht. Mit Recht hat Herr v. Forckenbeck im vorigen Sommer aber vor seinen Wählern bemerkt, daß die Erhaltung der Machtbefugnisse des Reichstages die Frage der Entwickelung des Reiches selbst ist. Selbst Herr Camphausen hat uns noch im vorigen Jahre im constitutionellen Interesse gerathen, die Matricularbeiträge nicht zu beseitigen. Soll überhaupt die Steuerlast vermehrt werden, so bedürfen wir dazu ein Einnahmebewilligungsrecht auch in Bezug auf Steuern. Schon weil die eingeführten Steuern höhere Erträge gewähren oder sich drückender erweisen können, als die Majorität heute annimmt, muß der Reichstag die Steuerlast wieder vermindern können. Eine politische Bedeutung haben diese Steuern auch in der Machtstellung zu den Einzelstaaten. Der Kanzler sagt, das Reich dürfe nicht mehr der lästige Kostgänger, der mahnende Gläubiger bei den Einzelstaaten sein. Wenn man aber wieder 186 Millionen neue Steuern bewilligt und damit wieder 101 Millionen Ueberschüsse an die Einzelstaaten verweist, so werden diese lästigen Kostgänger mahnende Gläubiger für das Reich. Der Kanzler bedauert die unverhältnißmäßige Vertheilung der Matricularbeiträge auf Thüringer und Hanseaten. Aber würde nicht dasselbe Mißverhältniß bei der Vertheilung der Ueberschüsse nach der Kopfzahl eintreten? Er beklagt die Anarchie der Einzelbudgets; aber würde nicht die Vertheilung von Ueberschüssen aus der Reichskasse nur die Anarchie von dem Ausgabeconto auf das Einnahmeconto übertragen?

In dem Maße, wie das Steuersystem der Einzelstaaten zurückgedrängt wird und die Einzellandtage damit den Schlüssel zu dem Steuersäckel ihrer Bürger verlieren, müßte auch ihr parlamentarischer Einfluß sich vermindern. Es mag ja den einzelnen Finanzministern heute bequemer scheinen, sich mit dem Kanzler, statt mit ihren Landtagen zu stellen, aber auf die Dauer folgt doch aus diesem System die Herabdrückung der Einzelstaaten, die Aufsaugung in den Einzelstaat. Wir aber wollen das bundesstaatliche Wesen erhalten wissen, besonders die Mittelstaaten, mit einem Wort: die politische Bedeutung dieser Vorlagen liegt darin, daß sie den Parlamentarismus in der Richtung des Absolutismus, das Bundesstaatliche gegen den Einheitsstaat zurückdrängen. Wir aber wollen uns einer Entwickelung mit allen Kräften widersetzen, die zum absolutistischen Einheitsstaat führen muß. Selbst gering an Zahl, fordern wir auf alle Diejenigen, die in der Hauptsache mit uns auf demselben Standpunkte stehen, in dieser ernsten Gefahr von Kleinem und Vergangenem abzusehen und sich desto enger zusammenzuschließen zu gemeinsamer, kräftiger Abwehr. Noch niemals ist einem Volke die Freiheit geschenkt worden, jede Freiheit mußte entweder im Kampfe behauptet oder erobert werden. Wirthschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit, das erfahren wir jetzt, ohne politische Freiheit, und auch sie findet ihre Sicherheit nur in der wirthschaftlichen Freiheit. Mag man uns im Augenblick im Einzelnen zurückdrängen, harren wir nur aus, so wird, so wahr dieses Deutsche Reich eine Zukunft hat, schließlich der Sieg doch unser bleiben. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Bundesbevollmächtigter Finanzminister Hobrecht: Ich glaube nicht, daß viele der Herren meine Bemerkung vom Sonnabend so verstanden haben, wie sie der Vorredner, vielleicht in richtiger Fechtertaktik, auffaßte. Der Abg. Bamberger hatte den vom Reichskanzler entwickelten Plan der Umgestaltung und Reform unserer directen Steuerverfassung angegriffen und darin nur unerfüllbare Verheißungen erblickt. Ich hatte einen besonderen Anlaß, darauf zu erwidern, weil ich vor wenigen Monaten über denselben Gegenstand das, was mir nöthig schien, im preußischen Landtage auseinandergesetzt habe. Ich habe nachgewiesen, daß es nicht nöthig sei, eine nähere Auseinandersetzung eintreten zu lassen, ob mit den Reformen so weit gegangen werden sollte, als von mir bezeichnet war, oder ob man weiter gehen sollte, und zwar deshalb nicht nöthig, weil auch die engsten Grenzen der Reform durch die Vorlagen nur knapp gedeckt werden können. Ich habe das darum hervorgehoben, weil es mir darauf ankam, daß diejenigen preußischen Mitglieder des Reichstages, welche im Wesentlichen mit den Zielen der Steuerreform, wie sie im preußischen Landtage erörtert worden sind, einverstanden waren, nicht die Besorgniß haben möchten, es würden hier Mittel verlangt, die über das Ziel hinausgehen. Ich wünschte darüber Aufklärung zu geben, daß die geforderten Mittel nur bis zu der von mir angegebenen Grenze reichen, daß also durchaus kein Anlaß vorlag, die Machtfrage so sehr in den Vordergrund zu stellen, wie der Vorredner dies gethan. Die Zahlenausführungen des Redners will ich nicht weiter berühren; die Unrichtigkeit derselben wird sich aus dem stenographischen Berichte ergeben.

Geh. Rath Tiedemann: Es kann nicht meine Aufgabe sein, alle Unrichtigkeiten der sorgfältig ausgearbeiten Rede des Abgeordneten Richter zu widerlegen; aber die Behauptung kann ich nicht unwidersprochen lassen, daß nämlich die vorgeschlagenen Zölle nur im Interesse des Großcapitals liegen. Diese Worte, besonders mit solcher Emphase ausgesprochen, machen, wenn sie ohne Widerspruch vom Bundesrathstische bleiben, einen verwirrenden Eindruck. In einem Lande, in dem von 7,000,000 Censiten ungefähr 2,000,000 ein Einkommen von weniger als 140 Thlr. haben und deshalb steuerfrei bleiben müssen, in einem Lande, wo nur ca. 150,000 Leute vorhanden sind, die über 1000 Thaler Einkommen haben, ist es Aufgabe der Staatsregierung, dafür zu sorgen, daß den vielen Leuten, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, die Arbeit nicht erschwert, sondern daß ihnen Raum geschaffen werde für ihre Arbeit. Das ist das leitende Motiv für die verbündeten Regierungen gewesen, das wird sich in der Special-Discussion noch ausweisen. Der Abg. Richter thut sich so viel darauf zu gut, daß er die Verhältnisse am Rhein so genau kennt; ich möchte ihn bitten, sich in seinen Wahlkreis zu begeben oder in den Nachbarkreis, den er glücklicherweise nicht lange an Stelle des Landrathes verwaltet hat, und sich die Gemeindebudgets anzusehen, besonders die Steigerung der Armenlast. In Dortmund ist die zur Armenpflege verwendete Summe von 93,000 Mark im Jahre 1874 auf 221,000 M. im Jahre 1878 gestiegen. Die Herren von der Freihandelspartei haben die Sachen gehen lassen, wie sie gingen und damit nicht sehr fördernd auf die Industrie eingewirkt; diese Methode läuft schließlich auf den Satz hinaus: „Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind." Nun heißt es: nur der Großgrundbesitz und das Großcapital wird geschützt, der Arbeiter und der kleine Landwirth wird geschädigt. Wer leidet denn am meisten Noth? Jeder, der mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen vertraut ist, weiß, daß der Bauer unter dem Steuerdruck am meisten leidet.

Die Regierung muß aber für die Erhaltung des alten Bauernstandes sorgen. In den Jahren 1854—56 betrug in Preußen die Summe der Subhastationen von Rittergütern 22, von bäuerlichen Gütern 680; zehn Jahre später, 1864—66, dagegen die der Rittergüter 42, die der Bauergüter 3301. Bei einer zweiten mir vorliegenden Liste sind allerdings die städtischen und ländlichen Grundstücke nicht getrennt. Nach den Angaben aus dem Bezirk

des Appellationsgerichts in Frankfurt a. M., welche diese Trennung gemacht hat, verhalten sich die Subhastiren ländlichen zu den städtischen Grundstücken, wie die Bevölkerung des Landes zu der der Stadt. Rechnet man die ländliche Bevölkerung auf 50 pCt. der Gesammtbevölkerung, so würden 1874—76 ca. 7000 Subhastationen ländlicher Güter, 1877 ca. 10,000 stattgefunden haben. Solche Steigerungen müssen doch wohl darauf hinweisen, daß man der Landwirthschaft zu Hilfe kommen muß. Die Abgg. Bamberger und Richter haben die Entfesselung des internationalen Verkehrs als ein Glück betrachtet und es gerühmt, daß Deutschland über die Kornkammern Rußlands verfügen könne. Allerdings sind die Eisenbahnen soweit, daß sie eine directe Verbindung mit den Kornkammern Rußlands bilden, aber trotzdem herrscht im Spessart Hungersnoth und man kann vielleicht sagen, nicht obgleich, sondern weil die Eisenbahnen soweit vorgeschritten sind. Der Landmann kann wegen der Concurrenz des ausländischen Getreides sein Korn gar nicht oder nur gegen 15—20 Procent billiger als bisher verkaufen. Er hat kein Geld, um seinen Viehstand aufrecht zu erhalten, sein Areal verschlechtert sich, seine Productionsfähigkeit nimmt ab. Ferner ist im Spessart deshalb Noth eingetreten, weil infolge der Concurrenz fremder Hölzer die Arbeit des Holzfällens abgenommen hat. Ich muß noch ein Mißverständniß beseitigen. Man hat Rußland als das Ideal des Reichskanzlers aufgestellt.

Der Reichskanzler weist nur darauf hin, daß in Rußland trotz der Kriege, der bedeutenden Verluste an Menschenleben und Geld bedeutende Aufwendungen für die Armee gemacht werden konnten, während wir in Deutschland nach Erleichterung seufzen. Die außerordentliche Productionsfähigkeit Rußlands hat den schweren Krieg überwinden helfen. Wenn der Abg. Richter bemängelt, daß die Rede des Reichskanzlers im Teltower Kreisblatte publicirt worden ist, so begreife ich, daß ihn das verdrießt; denn seit sechs Monaten hat er unablässig in Flugblättern 2c. geschrieben, daß der Plan des Reichskanzlers nur eine Mehrbelastung des Volkes bezwecke, deshalb ist es ihm unangenehm, wenn das Volk nunmehr den wirklichen Plan erfährt. Wenn dann der Abg. Richter mit großer Emphase darauf hingewiesen hat, daß wir in den Kriegen viel Blut auf den Schlachtfeldern verloren haben. Das Blut ist doch nicht umsonst vergossen worden: wir haben dadurch unsere nationale Einheit errungen. Wenn es uns gelingt, die productiven Kräfte frei zu entfalten, dann wird das vergossene Blut bald wieder ersetzt und das geschwächte neu gestärkt sein. (Beifall rechts.)

Von dem Abg. Löwe (Bochum), unterstützt von ..., ist folgender Antrag, die geschäftliche Behandlung der Zoll- und Steuervorlagen eingegangen: 1) einer Commission von 28 Mitgliedern sollen überwiesen werden: der Gesetzentwurf, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes und alle Positionen des Tarifs mit Ausnahme der Abfälle, der Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren, des Eisens, der Erze und edlen Metalle, des Flachses und des Getreides, der Häute und Felle, des Holzes, des Hopfens, der Instrumente und Maschinen, des Oeles und der Fette, des Pelzwerks, der Steine und Kohlen, des Viehes und einiger anderer weniger wichtigen Gegenstände; 2) einer Commission von 28 Mitgliedern: die Vorlagen über die Besteuerung resp. Nachversteuerung des Tabaks; 3) einer Commission von 14 Mitgliedern: die Vorlagen, betreffend die Erhebung resp. Erhöhung der Brausteuer.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 5. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Beigeordneten, Kaufmann A. Krauß zu Bockenberg im Kreise Mülheim a. Rhein und dem Particulier Leerhoff zu Norden den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; den Schullehrern Nordhoff zu Kirchderne im Landkreise Dortmund und Fromme zu Lippstadt den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem pensionirten Steueraufseher Barth zu Strehlen, bisher zu Canth im Kreise Neumarkt, dem pensionirten Steueramtsdiener Held zu Rinteln und dem Hafenbauarbeiter Dohmstreich zu Klüß im Kreise Usedom-Wollin das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Seconde-Lieutenant von Schuckmann im Kürassier-Regiment Königin (Pommerschen) Nr. 2 und dem Joseph Theodor Möller zu Neuwied die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Gutsbesitzer und Rentner Johannes Friedrich Lade zu Geisenheim den erblichen Adel verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Commerzienrath Wilhelm Osterroth zu Barmen den Charakter als Geheimer Commerzienrath verliehen.

Im Reichs-Justizamt sind der Bureau-Diätär Hartstock zum Geheimen Registrator und der Canzlei-Diätarius Müller zum Geheimen Canzlei-Secretär ernannt worden. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 5. Mai. [Windthorst und Bismarck. — Minister-Conseil. — General-Synode.] Officiös wird geschrieben: Das Erscheinen Windthorst und einiger anderen Mitglieder des Centrums auf der Soirée des Fürsten Bismarck und der lebhafte Verkehr des Kanzlers mit den Führern des Centrums haben insofern mit Recht eine große Beachtung gefunden, als darin der Beweis liegt, daß das jetzige Zusammengehen des Centrums mit dem Kanzler in Bezug auf die wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes jedenfalls bereits dazu beigetragen hat, die Schroffheit des früheren Gegensatzes abzuschwächen. — Für heute ist eine Staatsministerialsitzung in Aussicht genommen. — Wir haben bereits vor längerer Zeit gegenüber irrthümlichen Nachrichten in Bezug auf die Abhaltung der in diesem Jahre stattfindenden ordentlichen General-Synode mitgetheilt, daß noch kein Termin hierfür bestimmt sei; in den letzten Tagen werden in Berliner Blättern wiederum Angaben über diese Angelegenheit gemacht, welche aber auch heute noch ebenso ungenau bleiben, da z. Z. noch kein Termin für den Zusammentritt der General-Synode bestimmt ist. Wir haben Grund anzunehmen, daß dieser Termin ein früherer sein wird, als er angegeben wird; auch in Bezug auf die zu machenden Vorlagen ist noch ein Endresultat nicht zu verzeichnen.

= **Berlin**, 5. Mai. [Die erste Lesung der Zolltarifvorlage. — Dauer der Reichstagssession.] Die Erwartung, die erste Lesung des Tarifs schon am morgenden Tage schließen zu können, dürfte sich nicht erfüllen, da noch 20 Redner gemeldet sind. Morgen sollen u. A. die Abgg. von Bennigsen, Dr. Lasker, Windthorst (Meppen) sprechen. Somit ist es noch nicht abzusehen, wenn man zu Beschlüssen über geschäftliche Behandlung der Vorlage gelangen wird. — Uebrigens hört man jetzt in Kreisen, welche dem Reichstagspräsidium nahe stehen, daß sich die Session möglicherweise bis zum 15. Juli hinziehen möchte.

* [Der Bundesrath] hielt am Sonnabend, den 3. Mai c., eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde Mittheilung gemacht über die Ernennung des königlich baierischen Generaldirectors der königlichen Verkehrsanstalten, von Hocheder, und des großherzoglich badischen Generaldirectors der großherzoglichen Staats-Eisenbahnen, Eisenlohr, zu stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrath. Zur Vorlage kamen Schreiben des Präsidenten des Reichstags über die Beschlüsse des letzteren zu den Gesetzentwürfen, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln und betreffend die Wechselstempelsteuer. Die Vorlage, betreffend die Eisenbahn-Frachtbrief-Formulare wurde den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Ausschußberichte wurden erstattet über a) den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. Der Gesetzentwurf wurde genehmigt; b) den Entwurf eines Gesetzes wegen Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei für das Reich. Auch dieser Gesetzentwurf wurde nach den Ausschußanträgen genehmigt; c) die weitere Ausprägung von Goldmünzen. Es sollen bei den nächsten für Rechnung der Reichsbank stattfindenden Goldausprägungen bis zur Höhe von 50 Millionen Mark nur Kronen geprägt werden; d) die anderweite Vertheilung des Gesammtbetrages an Reichskassenscheinen auf die einzelnen Abschnitte. Es sollen zunächst nur noch 50-Markscheine ausgegeben werden; e) eine Eingabe betr. die Einlösung der Zinsabschnitte österreichischer Eisenbahnanleihen. Die Eingabe wurde dem Reichskanzler überwiesen; f) die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1879/80; der bezügliche Gesetzentwurf wurde angenommen; g) die Vertheilung der Matrikularbeiträge für 1879/80; der bezügliche Gesetzentwurf wurde angenommen; h) die Besetzung einer Rathsstelle beim Rechnungshofe; der betreffende Ausschußantrag wurde genehmigt; i) die Bereitstellung der Geldmittel zu den Reichsausgaben für das Etatsjahr 1879/80. Es sollen in dieser Beziehung die bisherigen Grundsätze in Kraft bleiben. Es wurden hierauf Commissarien zur Berathung von Vorlagen im Reichstage ernannt. Eine Eingabe betr. Zulassung eines Invaliden zum Gewerbebetrieb wurde dem betreffenden Ausschusse überwiesen.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Das Verbot der in Hottingen-Zürich erscheinenden periodischen Druckschrift: „Die Tagwacht“ wird auch auf die Nummern dieses Blattes erstreckt, welche unter der Aufschrift „Der Harmlose“ zur Ausgabe gelangen.

Wiesbaden, 5. Mai. [Se. Majestät der Kaiser] konnte gestern bei dem schönen Wetter mit der Frau Großherzogin wieder eine längere Spazierfahrt unternehmen und nahm heute die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher, Wirkl. Geh. Raths Wilmowski und Geh. Legationsraths von Bülow entgegen. Zur Tafel sind heute der Prinz Alexander von Hessen, der Prinz Alexander von Battenberg, der Landgraf und die Frau Landgräfin von Hessen und die Frau Prinzessin Louise von Preußen geladen.

Königsberg i. Pr., 5. Mai. [Die heutige 50jährige Dienstjubiläumsfeier des Oberpräsidenten und Wirkl. Geh. Raths Dr. v. Horn] wurde durch eine Morgenmusik der Musikcorps der Garnison eingeleitet. Von 10 Uhr Vormittags ab fand der Empfang der zur Beglückwünschung erschienenen Behörden, Corporationen, Deputationen, Vereine und Privatpersonen statt, von denen eine große Zahl theils sehr werthvoller Ehrengaben überreicht wurde. Die Stadt Königsberg verlieh dem Jubilar das Ehrenbürgerrecht dieser Stadt. Von den Ehrengaben zeichnen sich jene der königlichen Regierungsbehörden, der Universität, der Generallandschaft, der Kaufmannschaft ganz besonders aus. Der Empfang der Gratulanten dauert zur Stunde noch fort. Sämmtliche im hiesigen Hafen liegende in- und ausländischen Schiffe haben den festlichsten Flaggenschmuck angelegt.

—ch. **Von der sächsischen Grenze**, 3. Mai. [Zolltarif. — Oberrechnungskammer. — Magnetiseur. — Hödel und Nobiling.] Das Erscheinen des Zolltarifentwurfs hat der Dresdener Handels- und Gewerbekammer Anlaß gegeben, in einer Petition ihre Wünsche darzulegen. Sie umfassen die Einführung von Ausfuhrzöllen für Lumpen, von Rückvergütung der Zölle auf fremdes Getreide bei dem Export von Getreide und Mehl, sowie Malz aus fremdem Getreide, die Herabsetzung einzelner Zölle u. A. auf Rosinen und Feigen und die Erhöhung von Zöllen auf Kammgarne, Leinwand 2c. Jedenfalls erwartet die Handelskammer, deren Vorsitzender Rülke die Zustimmungsadresse an Bismarck zu Stande gebracht hat, eine endgiltige Entscheidung über die Zollfrage in der jetzigen Session. Für die Nachsteuer auf Tabak empfiehlt sie eine Ermäßigung und wünscht die Beseitigung der Licenzsteuer. — Gegen die Erhöhung der Leinengarnzölle bringt im letzten Moment D. Goldberg in Zittau noch ein schlagendes Argument. Die Leinenspinner behaupten, daß die Opposition der Weber gegen die Garnzollerhöhung unberechtigt sei, da früher, wo die Leinenweberei in günstigerer Lage gewesen sei, als jetzt, der Garnzoll von 12 Mark bestanden habe. Dem gegenüber weist nun G. darauf hin, daß damals in der Lausitz leinenes Maschinengarn noch nicht das Hauptmaterial war, sondern man sich noch fast allgemein der in der Hand gesponnenen Leinengarne bediente, die damals Kettengarne etwa 50 Pfennige, Einschußgarne etwa 85 Pf. pro Pfund kosteten. Während Leinengarne damals billiger waren, war Baumwolle mehr als noch einmal so theuer (1863 das engl. Pfd. Baumwollengarn im Durchschnitt 26,01 Pence, 1877 dagegen 12,85 Pence. Damit ist aber die Schadhaftigkeit der Logik bewiesen, die die jetzt vorgeschlagenen Zölle auf Leinengarne als angemessen beweisen will, weil vor 1868 die Leinenbranche bei einem Garnzolle von 12 Mark bestanden hat. — Der Präsident des vor wenigen Monaten neu errichteten sächsischen Oberrechnungshofs, Rönisch, hat seine Entlassung erhalten, weil er mit den beiden Räthen eine Collectiveingabe an das Gesammtministerium gerichtet hat, in der er sich über Verwerfung seiner Vorschläge betreffs Umwandlung des Staatsrechnungswesens Seitens des Finanzministers beschwert hatte. Die beiden Räthe sollen ihre Betheiligung an dem den sächsischen Traditionen widersprechenden Schritte aus der Beeinflussung durch den Präsidenten erklärt und sich nachträglich gegen die Reformpläne des Präsidenten ausgesprochen haben. — Magnetiseur Hansen hat in der Aristokratie unserer Hauptstadt ein dankbares und gläubiges Publikum gefunden. Vorgestern war er zu einer Soirée bei dem Grafen Hohenthal eingeladen, der auch die Minister beiwohnten. — Im Dresdener Panopticum waren Hödel und Nobiling ausgestellt. Nachträglich hat die Polizei die Entfernung der beiden Attentäter verlangt.

Provinzial-Zeitung.

♉ **Breslau**, 3. Mai. [Criminaldeputation. — Vorsätzliche Körperverletzungen.] Der 20 Jahre alte Tagearbeiter Julius Lux, welcher bereits am 23. April c. von dem hiesigen Schwurgericht wegen gemeinschaftlich verübten Straßenraubes zu einer 6jährigen Zuchthausstrafe verurtheilt worden ist, wurde heut vor die I. Criminal-Deputation geführt, um sich auf eine wegen Beleidigung und Körperverletzung gegen ihn erhobene Anklage zu verantworten. Am 24. November v. J. 6 Tage vor dem oben erwähnten Straßenraube befand sich Angeklagter gegen Abend in dem Geschäftslocale des Kaufmann Pulst, Brüder- und Neue Tauenzienstraße-Ecke, hier machte er sich unnütz und belästigte die Lehrlinge in dem Geschäfte. Herr Pulst kam dazu und verbot dem L. das Local. Da wurde jener grob. Als nun gar Herr P. den Strolch am Arme nahm, um ihn aus dem Locale zu führen, ergriff L. schnell eine auf dem Ladentisch stehende, mit Liqueur gefüllte Literflasche und schlug sie mit solcher Kraft gegen die Stirn des P., daß dieser besinnungslos und blutüberströmt zu Boden stürzte. Die Wunde ist über alles Erwarten schnell geheilt, hat aber für die Dauer eine Vertiefung von der Größe einer Haselnuß mitten auf der Stirn zurückgelassen. Angeklagter giebt mit einem gewissen Selbstbehagen den gefährlichen Schlag zu. L. wurde damals mit Hilfe herbeigerufener Schutzleute aus dem Pulst'schen Laden entfernt. Das war für ihn genügende Veranlassung, um die Schutzleute in gröblichster Weise zu beschimpfen. Im Zweifel, ob das Urtel des Schwurgerichts schon die Rechtskraft beschritten habe — es ist heut der letzte für die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde zulässige Tag — beantragt Staatsanwalt Lindenberg alternativ auf 4 Monate Zuchthaus oder 6 Monate Gefängniß zu erkennen. Angeklagter erklärt, er wolle lieber noch Zuchthausstrafe haben. Der Gerichtshof erkennt auf 5 Monate Gefängniß oder 3 Monate Zuchthaus.

Ein noch roherer Patron ist der 29 Jahr alte Arbeiter Martin Lisowski, welcher bald nach dieser Sache zur Verhandlung gelangte. L., bereits wegen Körperverletzung mit 5 Tagen Gefängniß bestraft, hat sich aufs Neue einer schweren Mißhandlung schuldig gemacht. L. war in der Mälzerei von Härtel (Sternstraße) beschäftigt, als er am Morgen des 28. December v. J. mit dem Obermälzer Wilhelm Grunert in Streit gerieth. Der Streit artete sofort in Thätlichkeiten aus. L. biß den G. in das rechte Auge, ein zweiter Biß riß ein Stück des linken Nasenflügels des G. ab. Jetzt suchte sich L. in Besitz einer auf der Erde liegenden scharfen Axt zu setzen. G. hatte für diesen Fall das Schlimmste zu fürchten, er kämpfte deshalb mit L. weiter. Da erhielt er noch zwei Bisse in den rechten Arm. Nur der Dazwischenkunft des Prinzipals hatte es G. zu danken, daß L. zur Ruhe gebracht wurde. Die übrigen Arbeiter waren, obwohl sie den Streit hören mußten, nicht zur Schlichtung herbeigekommen. G. wurde von Herrn Dr. Schnabel behandelt. Dieser ersetzte das fehlende Stück Nase aus der Backe des G. Da indeß zu befürchten stand, das Nasenloch werde ganz zuwachsen, so mußte eine kleine Röhre in die Nase eingeführt werden. Es war somit ein regelmäßiges Verwachsen der beschädigten Stelle nicht möglich. Die Nase ist etwas schief geworden und mit einer seitwäts gelegenen Narbe versehen. Herr Dr. Schnabel hält gleichwohl die Heilung als sehr gut gelungen. Eine im § 224 des Strafgesetzes mit Zuchthaus bedrohte dauernde und erhebliche Entstellung liege nicht vor. Herr Staatsanwalt Lindenberg nimmt zu Gunsten des Angeklagten an, daß die Körperverletzung keine schwere, welche vom Schwurgericht abgeurtelt werden müßte, sei. Was aber das Strafmaß anlange, so habe der Gerichtshof die Möglichkeit, auf hohe Strafe zu erkennen. Zweifellos bekäme Angeklagter vor den Geschworenen mildernde Umstände; in Berücksichtigung der thierischen Rohheit seiner Handlungsweise dürften drei Monate Gefängniß angemessen erscheinen. — Der Gerichtshof bemißt die Strafe auf sechs Monate Gefängniß. Gleich einem wilden Thiere habe sich L. auf G. gestürzt. Wenn nicht zu seinen Gunsten angenommen worden wäre, daß er sich in sehr gereizter Stimmung befunden haben möge, so würde die Strafe noch höher bemessen worden sein.

* **[Vom Stadttheater.]** Heute, Dinstag findet im Stadttheater eine interessante Aufführung vom Freischütz statt. Interessant deswegen, weil darin unsere Landsmännin Frl. Elisabeth Richter, zuletzt am kaiserlichen Theater in Straßburg engagirt, als Agathe auftreten wird.

□ **[Freie Deutsche Warte.]** Seit dem 28. April d. J. erscheint hier in Breslau eine neue Zeitschrift. Sie nennt sich: „Freie Deutsche Warte. Wochenschrift für eine fortschrittliche Culturentwickelung des deutschen Volkes und der Menschheit“ und ist an Stelle der mit Nr. 3 eingegangenen „Deutschen Warte“ getreten, welche seit Anfang April unter derselben Redaction in Ziegenhals erschien. Ueber die eingetretene Veränderung spricht sich der Redacteur, Herr A. Reichenbach in Breslau, in Nr. 1 der neuen Zeitschrift in folgender „Erklärung“ aus: „Der Verleger der seit Anfang April d. J. erschienenen und vom Unterzeichneten redigirten „Deutschen Warte“ erklärte dieselbe nach Nr. 3 nicht weiter erscheinen zu lassen. An deren Stelle erscheint nun die „Freie Deutsche Warte“ von dem Unterzeichneten herausgegeben und redigirt; selbstverständlich in demselben Sinne geschrieben und geleitet. Aus diesem Grunde ist auch die Verzögerung entstanden und wird daher um freundliche Entschuldigung gebeten. Breslau, Ende April 1879. A. Reichenbach.“ — Die drei Nummern der „Deutschen Warte“ haben eine Reihe tüchtiger Aufsätze gebracht und gezeigt, daß die Redaction mit Fleiß, Ernst und Entschiedenheit an die Lösung der selbstgestellten Aufgabe herangetreten ist. Wir erwähnen hier besonders folgende Abhandlungen: „Das ethisch-nationale Princip“ von A. Reichenbach; „die Schöffengerichte im alten und im neuen Deutschen Reich“ von Oscar Galleiske; „Schule und Erziehung“; „Zwei Zeichen der Zeit“ von A. Reichenbach; „Zur Reform des Theaters“. Demnach steht zu erwarten, daß auch die neue „Freie Deutsche Warte“, die ja unter derselben Redaction und mit derselben Tendenz erscheint, sich durch treffliche und gediegene Abhandlungen auszeichnen wird. Das Blatt erscheint jeden Montag. Möge das Blatt allen Freunden fortschrittlicher Lectüre hiermit bestens empfohlen sein.

** **[Selbstmord.]** Gestern Nachmittag in der vierten Stunde erhing sich in seiner Wohnung, Neue Weltgasse 33, der ca. 50 Jahre alte Schneidermeister Langner mittelst Taschentuches an das Fensterkreuz. Schwermuth soll das Motiv zur That gewesen sein. Er hinterläßt eine Frau und vier Kinder.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Dresden, 5. Mai. Wie das „Dresdener Journal“ meldet, hat der aus Berlin hier eingetroffene königl. portugiesische Gesandte im Auftrage des Königs von Portugal unserem Könige das Großkreuz der drei höchsten portugiesischen Orden überreicht. Graf und Gräfin Rilvas wurden heute zur königlichen Tafel geladen.

Stuttgart, 5. Mai. Nach einer Meldung des „Schwäbischen Merkur“ findet am 12. d. M. im hiesigen königlichen Schlosse die Vermählung des Herzogs Georg von Leuchtenberg mit der Herzogin Therese, Tochter des Prinzen Peter von Oldenburg, statt.

Wien, 5. Mai. Meldungen der „Polit. Corresp.“ Aus Konstantinopel: In dem eigenhändigen Schreiben des Kaisers Alexander an den Sultan, mit welchem General Obrutscheff, wie bereits gemeldet, gestern hier eingetroffen ist, um es heute dem Sultan zu überreichen, wird mitgetheilt, General Obrutscheff sei beauftragt, die Proclamation des Kaisers an die Bevölkerung von Ostrumelien zu verbreiten, in welcher dieselbe, wie früher mitgetheilt, aufgefordert wird, sich dem Berliner Vertrage zu fügen und die ihr verliehenen freisinnigen Institutionen anzunehmen. Das Schreiben spricht ferner die Hoffnung des Kaisers Alexander aus, daß der Sultan in gleicher Weise vorgehen werde. General Obrutscheff wird, von dem Oberst Schepeloff begleitet, nach Rumelien abgehen. — Aleko Pascha conferirte nach seiner Ankunft mit Kheyreddin Pascha und Karatheodory Pascha. Aleko Pascha wird in den nächsten Tagen vom Sultan empfangen werden und gedenkt in der nächsten Woche nach Philippopel abzureisen. — Aus Tirnowa: Fürst Dondukoff-Korsakoff ist am Sonnabend nach Livadia abgereist. Bei seiner Verabschiedung von den bulgarischen Bischöfen hob derselbe hervor, das Werthvollste, was für die jetzige Zeit und für die Zukunft Bulgariens errungen werden könnte, sei die Nichtbesetzung des Balkans durch türkische Truppen; man hätte allen Grund, hiermit vorerst zufrieden zu sein.

London, 5. Mai. Unterhaus. Northcote erwiderte Hartington, die Regierung wünsche die Pacificirung in Südafrika zu fördern, sie sandte am 10. April Instructionen an Bartle, keine Annexionen vorzunehmen, aber Maßregeln zu treffen zur Sicherung der englischen Colonien gegen die Gefahr vor den Zulus.

London, 5. Mai. Den „Daily News“ zufolge würde sich der Prinz von Wales zum Besuch der Ausstellung nach Australien begeben.

Triest, 5. Mai. Der Lloyddampfer „Flora“ ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost heute aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth, 5. Mai. Der Hamburger Postdampfer „Herder“ ist hier eingetroffen.

Newyork, 5. Mai. Der Dampfer „Canada“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messingsche Linie) und der Dampfer „Oder“ vom Norddeutschen Lloyd sind hier eingetroffen.

⚘ **Breslau**, 6. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide sehr fest, bei stärkerem Angebot Preise zum Theil höher.

Weizen, zu hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,50 bis 18,30—18,90 Mark, gelber 16,30—17,80 bis 18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 11,40 bis 12.20—12,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,30 bis 13,20 Mark, weiße 13,30—14,00 Mark.

Hafer gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 10,00—10,60—11,60 bis 12,20 Mark.

Mais preishaltend, pr. 100 Kilogr. 9,50—10,00—10,50 Mark.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60 — 12,80 — 14,00 bis 14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80—8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mark.

Oelsaaten ohne Angebot.

Schlaglein sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.
Schlag-Leinsaat	26	25	24	50	23	50
Winterraps	26	—	25	50	24	50
Winterrübsen	25	75	25	—	24	50
Sommerrübsen	25	50	24	75	24	—
Leindotter	21	50	20	50	20	—

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 9,30—9,70 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 28—33—38 bis 41 Mark, — weißer ohne Frage, pr. 50 Kilogr. 30—38—45—55 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.

Mehl in fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,00—27,50 Mark, Roggen fein 19,50—20,50 Mark, Hausbacken 18,50—19,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8,00—9,00 Mark, Weizenkleie 6,50—7,50 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Leipzig, 5. Mai. [Der Quartalabschluß der Allgemeinen deutschen Creditanstalt] ergiebt einen Gewinn von 856,624 M., welcher circa 2⅜ pCt. des Actiencapitals entspricht. Provision und Zinsen aus dem Contocorrent sind darin nicht enthalten.

Berliner Börse vom 5. Mai 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Name	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	99,30 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105,90 bz
do. do. 1876	4	99,25 bz
Staats-Anleihe	4	98,80 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	152,75 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,30 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,10 bz
Pommersche	3½	88,10 bz
do.	4	97,90 bz
do.	4½	103,75 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	97,70 bz
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	97,75 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97,80 bzG
Pommersche	4	97,80 bz
Posensche	4	97,70 bz
Preussische	4	97,70 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,75 G
Sächsische	4	98,60 bz
Schlesische	4	99,20 bz
Badische Präm.-Anl.	4	129,80 bz
Baierische 4% Anleihe	4	129,90 bzB
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	127,00 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	74,80 bzG
Hypotheken-Certificate.		
Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 bzG
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 B
do. do.	5	103,60 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	97,00 bzG
do. do. do.	5	102,50 bzG
Künd br. Cent.-Bod.-Cr.	4½	102,25 G
Unkünd. do. (1872)	5	103,90 bz
do. rückzb. à 110	5	109,25 bz
do. do. do.	4½	103,60 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,00 bz
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	95,10 bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,90 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	99,60 B
do. do. II. Em.	5	92,50 B
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	114,70 bz
do. do. II. Em.	5	109,90 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	102,90 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	95,75 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	113,70 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	99,10 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	102,23 G
do. do.	4½	96,60 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,60 G
do. do. 4½%	4½	99,75 G
Ausländische Fonds.		
Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	57,50 bzB
do. (1/4. 1/10.)		57,50 bzG
do. Goldrente	4	67,40 bz
do. Papierrente	4⅕	57,10 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	112,50 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	120,10 bz
do. Credit-Loose	fr.	321,00 bzG
do. 64er Loose	fr.	292,80 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	144,90-145 bz
do. do. 1866	5	142,20 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	56,50 bzB
do. II. do. v. 1878	5	56,10 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	76,10 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	76,20 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	64,30 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	53,75 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,70 G
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	101,60 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	78,30 B
Ital. Tabak-Oblig.	6	105,25 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	82,60 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	11,70 bz
Ungar. Goldrente	6	80,60 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	179,25 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	77,75 bzB
do. Schatzanw.	6	— —
do. do. II. Abth.	6	103,30 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose —		
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,50 G		
Türken-Loose 37,00 bzG		
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		
Berg.-Märk. Serie II.	4½	102,60 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	88,40 B
do. do. VI.	4½	102,25 G
do. Hess. Nordbahn	5	103,90 bz
Berlin-Görlitz	5	103,25 bz
do.	4½	97,25 bzG
do. Lit. C.	4½	93,30 bz
Bresl-Freib. Lit. DE.F	4½	101,00 G
do. Lit. G.	4½	100,90 bz
do. do. H.	4½	100,20 G
do. do. J.	4½	100,20 G
do. do. K.	4½	100,20 G
do. von 1876.	5	104,00 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,75 G
do. Lit. B.	4½	102,75 G
do. IV.	4	97,30 G
do. V.	4	96,75 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 G
Hannover-Altenbeken	4½	99,25 bz
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	98,50 B
do. do. II. Ser.	4	98,20 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	98,10 G
do. do. III. Ser.	4	97,75 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	88,75 bzG
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	88,75 G
do. F.	4½	102,75 bzG
do. G.	4½	102,50 G
do. H.	4½	102,75 bzG
do. von 1869.	5	102,50 G
do. von 1873.	4	96,75 bz
do. von 1874.	4½	102,75 B
do. Brieg-Neisse	4½	102 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,60 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	101,60 G
do. do. III. Em.	4½	101,60 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	101,25 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	102,75 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	101,50 G
Charkow-Asow gar	5	86,00 G
do. do. in Pfd. Sterl. à 20 Mark gar.	5	80,00 bz
Charkow-Krementsch. gar.	5	82,60 bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	5	80,00 bz
Dux-Bodenbach	fr.	77,00 bz
do. II. Emission	fr.	69,50 bz
Prag-Dux	fr.	28,20 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	88,90 bzB
do. do. neue	5	87,90 B
Kaschau-Oderberg	5	67,60 bz
Ung. Nordostbahn	5	63,50 bzG
Ung. Ostbahn	5	61,40 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	72,25 bzG
do. do. II.	5	74,25 bzG
do. do. III.	5	67,00 bzG
do. do. IV.	5	64,00 bzB
Mährische Grenzbahn	5	59,40 bz
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	22,75 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	73,60 bzG
Oesterr.-Französische	3	359,25 bzG
do. do. II.	3	347,00 bz
do. südl. Staatsbahn	3	254,00 bzG
do. neue	3	254,00 bzG
do. Obligationen	5	89,40 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	87,40 bz
Warschau-Wien II.	5	99,90 bzB
do. III.	5	97,90 G
do. IV.	5	92,20 bzG
d. V.	5	89,20 bzG

Wechsel-Course.

Name	Sicht	Zf.	Cours
Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	169,70 bz
do. do.	2 M.	3½	168,75 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,35 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	193,65 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	194,20 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,75 bz
do. do.	2 M.	4½	172,60 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 268,75 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 169,60 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 85,80 bzG
Oldenburger Loose 148,50 bz

Ducaten — —	Dollars 4,21 G
Sover. 20,37 B	Oest. Bkn. 173,85 bz
Napoleon 16,21 bzG	do. Silbergd 174 G
Imperials — —	Russ. Bkn. 194,70 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien. Divid. pro	1877	1878	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht	½	½	4	18,40 bz
Berg.-Märkische	3⅛	4	4	87,90 bz
Berlin-Anhalt	5¾	5	4	92,40 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	12,40 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	17,50 bzG
Berlin-Hamburg	11½	10½	4	177,25 bz
Berl.-Potsd.-Magdb.	3½	3½	4	89,90 bzB
Berlin-Stettin	7 1/10	3⅕	4	101,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	85,60 bz
Bresl.-Freib.	2½	3¼	4	75,90 bz
Cöln-Minden	6 1/20	6,5	4	120,90 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	27,90 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	9 2/7	—	4	102,90 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	14,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,50 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	48,50 B
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	57,00 bzB
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	183,75 G
Märk.-Posener	0	0	4	22,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	135,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	4	4	77,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,75 G
Oberschl. A.C.D.E.	8½	8½	3½	147,75 bzG
do. B.	8½	8½	3½	132,60 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	464,50-65,50
Oest. Nordwestb.	4,15	—	4	218,80 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	137,50-39,00
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	51,00 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅓	7	4	122,50 bzG
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	41,60 bzG
Rheinische	7	7	4	117,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	95,25 B
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	16,10 bzB
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	29,90-90 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	18,25 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102,25 G
Thüringer Lit. A.	7½	8	4	129,50 bzG
Warschau-Wien.	5	—	4	192,50 bzG
Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.				
Berlin-Dresden	0	0	5	25,30 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	44,25 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	31,80 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	42,60 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	31,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	20,00 bzG
Märkisch-Posener	4½	5	5	94,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	84,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	108,40 G
Ostpr. Südbahn	5	5	5	95,75 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅓	7	5	124,00 bzG
Rumänier	8	8	8	85,75 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	25,50 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	26,50 bzG
Bank-Papiere.				
Alg. Deut. Hand.-G.	2	2	4	28,10 bzG
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	8 4/15	8 9/10	4	159,50 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	65,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6	6	4	66,25 bzG
Braunschw. Bank.	3	4½	4	83,00 B
Bresl. Disc.-Bank.	3	3	4	78,00 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅓	5⅔	4	84,50 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	5	4½	4	71,30 bzG
Danziger Priv.-Bk.	0	5⅕	4	107,40 B
Darmst. Creditbk.	6¾	6¾	4	129,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¾	5¼	4	103,25 bz
Deutsche Bank	6	6½	4	115,50 bz
do. Reichsbank	6,29	6,3	4½	154,50 B
do. Hyp.-B. Berlin	7½	6¼	4	89,50 B
Disc.-Comm.-Anth.	5	6½	4	149,30 bz
do. ult.	5	6½	4	149,30-49,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	96,50 bzG
do. junge	5½	5½	4	98,00 bzG
Goth. Grundcredb.	8	6	4	94,50 bzB
do. junge	8	6	4	94,90 bz
Hamb. Vereins-B.	10 5/9	7¾	4	121,50 G
Hannov. Bank	6	6½	4	103,40 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	6	4	80,00 G
Ludw.-B. Kwilecki.	0	—	4	82 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	6⅔	4	127,75 bzG
Luxemburg. Bank	6½	7½	4	120,50 bzG
Magdeburger do.	5 9/10	6 6/10	4	111,00 bzG
Meininger do.	2	2½	4	85,00 bzG
Nordd. Bank	8½	8⅘	4	143,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	5	6	4	50,50 bzG
Oberlausitzer Bk.	3	4	4	69,50 bzG
Oest. Cred.-Actien	8⅛	8¾	4	444-447,5
Posener Pro.-Bank	6½	4	4	104,10 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	5	4	79,75 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	124,00 bzG
Sächs. Bank	5¾	5¾	4	108,00 B
Schl. Bank-Verein	5	5	4	92,50 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	35,50 bzG
Wiener Unionsbk.	3½	5	4	133,00 G
In Liquidation.				
Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	40,00 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	— —
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	— —
Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	107,25 G
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	63,00 G
Thüringer Bank	0	—	fr.	81,00 bzG
Industrie-Papiere.				
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	—	—	fr.	— —
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	13,25 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	92,00 G
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	31,00 bzG
Nordd. Gummifab.	4	4	4	51,50 bzG
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	5	4	93,00 bzG
Schles. Feuervers.	25	21	fr.	950 B
Donnersmarckhütt.	3	—	4	30,90 bzG
Dortm. Union	0	—	4	11,80 bzB
do. abgest.	0	—	4	13,25 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	77,25 bzB
Lauchhammer	0	—	4	33,00 bz
Marienhütte	3	—	4	51,80 G
Cons. Redenhütte	—	—	4	94,75 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	12,50 G
Schl. Zinkh.-Actien	6½	—	4	79,50 bzB
do. St.-Pr.-Act.	6½	—	4	89,75 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4⅓	48,00 G
Vorwärtshütte	0	—	4	10,00 bzG
Baltischer Lloyd	—	—	4	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	fr.	— —
Bresl. E.-Wagenb.	1	5⅓	4	60,10 bzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	53,90 bzG
Erdm. Spinnerei	0	0	4	29,75 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	61,10 bz
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	—	4	19,00 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	6	4	35,75 bzG
Schl. Leinenind.	4	—	4	73,00 bzG
do. Porzellan	1⅓	1½	4	28,60 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	25,75 B

Bank-Discont 3 pCt.
Lombard-Zinsfuss 4 pCt.

Berlin, 5. Mai. [Börse.] Auch die neue Woche begrüßte die Börse in sehr fester Tendenz und scheint sie nach dem kurzen Stillstand der letzten Tage voriger Woche sich wieder mit voller Kraft à la hausse zu wenden. Die zuversichtliche Stimmung gewinnt weitere Unterlage, indem die bereits erzielten Gewinne zu neuen Anlagen und geschäftlichen Unternehmungen anregen. Auch das Privatcapital betheiligt sich wieder mehr an den Börsengeschäften und finden in dieser Weise auch die jetzt flottant werdenden Werthe leichten Abfluß. In erster Linie waren auch heute die einheimischen Eisenbahnactien belebt und steigend, aber da auch von den auswärtigen gestrigen Börsen höhere Notirungen und feste Stimmung gemeldet waren, so verbreitete sich die Festigkeit schnell über alle Gebiete der geschäftlichen Thätigkeit. In den Prioritätsstammactien der Marienburg-Mlawkaer Bahn, welche von der Discontogesellschaft morgen officiell eingeführt werden sollen, fanden schon heut zum Course von 90—92% umfangreiche Umsätze statt. Die internationalen Speculationspapiere verhielten sich verhältnißmäßig ruhiger, österr. Creditactien und Lombarden konnten etwas anziehen, Franzosen waren weniger fest. Die österr. Nebenbahnen verhielten sich sehr still und waren eher matt, nur Rudolfbahn behauptete sich in der bisherigen Beliebtheit. Von den localen Speculationseffecten gingen Disconto-Commandit sehr lebhaft um und erhöhten die Notiz ca. 3 pCt. Laura-Actien per ult. 77—77¼. In den ausländischen Staatsanleihen war das Geschäft anfänglich bei fester Stimmung ziemlich rege, schwächte sich nachher jedoch etwas ab. Russ. Werthe ziemlich fest, 5proc. Staatsanl. per ult. 84—84¼. Noten befestigten die Haltung zum Schluß, per ult. 194½—194—195 (Vorpr. 196/1½), per Juni 195—94½—95½ (Vorpr. 198/2½). Deutsche Fonds fest und zum Theil höher. Eisenbahnprioritäten haben ebenfalls belebteren Verkehr aufzuweisen, von 4½% Devisen, besonders Görlitzer, Potsdamer, Hannover-Altenb., Freiburger bevorzugt. Ostbahn I. u. II., Kaschau in guter Frage, Russ. Priorit. schwächer. Auf dem Eisenb.-Actienmarkte war der Verkehr sehr lebhaft. Neben den rhein.-westf. Speculations-Devisen zeichneten sich besonders Halberstädter durch große Umsätze aus. Potsd., Anhalter und Stettiner ebenfalls beachtet. Rumän. Obligat. besser. Leichte Bahnen im Allgemeinen stiller. Bankactien nicht unbelebt und in guter Festigkeit. Preußische Bodencredit und Darmstädter Bank besser. Norddeutsche Grundcredit, Deutsche Bank, Coburger Creditbank, Kieler Bank, Maklerverein, Meininger Bank, Weimarische Bank, Wiener Unionbank und Breslauer Discontob. erhöhten ebenfalls die Notirungen. Etwas nachgeben mußten Preußische Centralbodencreditbank, Braunschweigische Bank und Badische Bank. Industriepapiere konnten sich gut behaupten und zogen theilweis in den Coursen an, Große Berliner Pferdebahn ging zu lebhaft steigendem Course sehr rege um, Salzungen beliebt und steigend, Nolte Gasact. höher, Eckert Maschinen, Schwartzkopff und Wöhlert'sche Maschinenfabrik erhöhten die Notirungen, Montanwerthe sehr ruhig, Gelsenkirchen zog 4 pCt. an, Pluto, Marienhütte, Vorwärtshütte, Menden und Schwerte besserten die Course, Bergisch-Märkische niedriger, Phönix A. desgl.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 449,—, Lombarden 139,50, Franzosen 467,—, Reichsbank 154,50, Disconto-Commandit 150,50, Laurahütte 77,25, Türken 11,50, Italiener 78,—, Oesterr. Goldrente 67,12, Ungarische Goldrente —,—, Oesterr. Silberrente 57,25, do. Papierrente 57,10, 5% Russen 84,12, Köln-Mindener 119,75, Rheinische 117,25, Bergische 87,75, Rumänen 29,75, Russische Noten 195,—. Marienburg-Mlawka-Prioritäten 91 Gld.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,25 bez., do. Eisenbahn-Coupon 173,25 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,165 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,165 bez., do. Papier-Dollars 4,165 bez., 6% New-York-City —,— bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. consverl. —,— bez., Russ. Zoll —,— bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumän. Div.-Sch. p. 78 —,— bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,36 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 5. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 425. Pariser Wechsel 81, 16. Wiener Wechsel 173, 55. Böhmische Westbahn 167¾. Elisabethbahn 157¼. Köln-Mindener-Prämien-Antheilscheine 126⅞. Galizier 204¾. Franzosen*) 232⅛. Lombarden*) 69¼. Nordwestbahn 108½. Silberrente 57⅝. Papierrente 57 1/16. Oesterreich. Goldrente 67 5/16. Ungar. Goldrente 80½. Italiener —. Russ. Bodencredit 76,—. Russen 1872 82¼. Neue russ. Anleihe 84¼. 1860er Loose 120⅛. 1864er Loose 292, 50. Creditactien*) 222⅜. Oest. National-Bank 706, 50. Darmstädter Bank 128,—. Meininger Bank 84¾. Hess. Ludwigsbahn 76¾. Ungarische Staatsloose 179, 50. do. Schatzanweisungen 103 1/16. do. Ostbahn-Obligationen II. —. Central-Pacific 108. Reichsbank 154⅜. Reichs-Anleihe 99⅜. II. Orientanleihe 56. Oldenburger Loose —. Discont — pCt. — Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 222⅜, Franzosen 231½, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier 205, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 5. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 123¾, Silberrente 57¼, Oesterr. Goldrente 67¼, Ung. Goldrente 80⅜, Creditactien 223¾, 1860er Loose 120¼, Franzosen 580, Lombarden 175, Ital. Rente 78, Neue Russen 84¼, Vereinsbank 121¾, Laurahütte 76¼, Commerzbank 106⅜, Norddeutsche 143¼, Anglo-deutsche 34⅞, Internation. Bank 87, Amerik. de 1885 96, Köln-Minden. St.-A. 119⅞, Rhein. Eisenbahn do. 117⅛, Bergisch-Märk. do. 88. Disconto 2⅞ pCt. — Sehr fest.

Hamburg, 5. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine besser. Roggen loco behauptet, auf Termine besser. Weizen per Mai 187 Br., 186 Gd., per Septbr.-Octbr. 191 Br., 190 Gd. Roggen per Mai 118 Br., 117 Gd., per Septbr.-Octbr. 125 Br., 124 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl fest, loco 59½, per Mai 59½, per October 61. Spiritus fest, per Mai 38¼ Br., per Juni-Juli 38¾ Br., per Juli-August 39¾ Br., per August-Septbr. 40¾ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 9, 10 Br., 9, 00 Gd., per Mai 8, 75 Gd., per August-Dec. 9, 00 Gd. — Wetter: Sehr schön.

Liverpool, 5. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 6000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 5. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Bll., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Vollpreise, Egypter ⅛ D. theurer. Mai-Juni-Lieferung 6 23/32, Juli-August-Lieferung 6 27/32, November-December-Lieferung — D.

Pest, 5. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine matter, per Frühjahr 9, 30 Gd., 9, 40 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 60 Gd., 5, 65 Br. — Mais per Frühjahr 4, 84 Gd., 4,87 Br. — Wetter: Trübe.

Paris, 5. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per Mai 27, 50, per Juni 27, 50, per Juli-August 27, 25, per Septbr.-Decbr. 27, 50. Mehl weichend, per Mai 59, 25, per Juni 59, 75, per Juli-August 60, 00, per Septbr.-Decbr. 60, 25. Rüböl ruhig, per Mai 81, 75, per Juni 82, 25, per Juli-August 83, 50, per Sept.-December 84, 50. — Spiritus matt, per Mai 55, 25, per September-Dec. 56, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Mai, Nachmitt. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Mai pr. 100 Kilgr. 49, 75, Nr. 7/9 pr. Mai per 100 Kilgr. 55, 75. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 per 100 Klgr. per Mai 58, 50, pr. Juni 50, 75, per Juli-Aug. 59, 00, per September-December 58, 00.

London, 5. Mai. Havannazucker Nr. 12 21. Stetig.

Antwerpen, 5. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen still. Hafer gefragt. Gerste ruhig.

Antwerpen, 5. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 bez. u. Br., per Juni 21¾ Br., per September 22¾ Br., per Septbr.-Decbr. 23 Br. — Ruhig.

Bremen, 5. Mai, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 85, per Juni 8, 75, per Juli 8, 70, per August-December 9, 00.

Berlin, 5. Mai. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist prachtvoll und die Kraft der Sonne macht sich geltend, obschon der Wind fortdauernd vom Norden weht. Im Getreidehandel ist die Stimmung heute animirt gewesen und wir haben zunächst für Roggen eine Steigerung von 2½ M. zu constatiren, dabei hat auch der Umsatz auf Termine leidliche Ausdehnung erlangt. Waare ist sehr knapp, daher der Handel loco schwierig und wenig umfangreich. — Roggenmehl ansehnlich besser bezahlt. — Weizen stellte sich für nahe Lieferung wieder reichlich 2 M. höher im Werthe, entfernte Sichten folgten der Steigerung nur langsam. Das Geschäft ist ziemlich belebt gewesen. — Hafer loco wenig verändert. Termine neuerdings etwas höher. — Rüböl knapp offerirt, ließ sich etwas besser verwerthen. — Petroleum fester. — Spiritus ist unter dem befestigenden Einfluß höherer Getreidepreise etwas mehr begehrt gewesen und profitirte merklich im Werthe.

Weizen loco 160—200 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., feiner weißer polnischer — M. ab Bahn bez., per Mai und Mai-Juni 186—188½ M. bez., per Juni-Juli 187—189 M. bez., per Juli-August 188—190 M. bez., per September-October 190—192 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 118—133 Mark pro 1000 Kilogramm nach Qualität gefordert, russischer — Mark, inländischer 128—130 M., defecter russ. — Mark ab Bahn und Kahn bez., per Mai 120—122 M. bez, Mai-Juni 119½—121½ M. bez., per Juni-Juli 120—122 M. bez., per Juli-August 122—124 M. bez., per September-October 126—128 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Mais loco 112—119 M. nach Qualität gefordert, rumänischer 115—116½ M. ab Bahn bez., amerikanischer 112½ M. ab Bahn bez. — Hafer loco 115—145 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 120—128 M. bez., russischer 120—128 M. bez., pommerscher 125—129 M. bez., schlesischer 122 bis 130 M. bez., böhmischer 122—130 M., feiner weißer pommerscher u. mecklenburgischer 130—133 M. ab Bahn bez., per Mai 126½—127 Mark bez., per Mai-Juni 126—126½ M. bez., per Juni-Juli 126—126½ Mark bez., per Juli-August 127½ M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 130 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen, Kochwaare: 136—190 M., Futterwaare: 125 bis 135 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 26,00—25,00 Mark, Nr. 0 und 1: 24,50—23,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,50—17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,50—16,25 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Mai u. Mai-Juni 17,30—17,45 Mark bez., per Juni-Juli 17,40—17,50 Mark bez., per Juli-August 17,55—17,65 Mark bez., per September-October 17,85—17,90 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — Mark bez.

Spiritus loco ohne Faß 52,2 Mark bez., per Mai und Mai-Juni 52 bis 52,4 Mark bez., per Juni-Juli 52,5—52,8 Mark bez., per Juli-August 53,3—53,6 Mark bez., per August-September 53,9—54,1 Mark bez., per September-October 53,1—53,5 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 5., 6.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	11°,2	6°,7	3°,7
Luftdruck bei 0°	335''',52	334''',39	332''',54
Dunstdruck	1''',53	2''',05	2''',18
Dunstsättigung	29 pCt.	57 pCt.	78 pCt.
Wind	O. 1.	O. 1.	SO. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Oder			7 Uhr: 6°,4.

Breslau, 6. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 12 Cm. U.-P. — M. 88 Cm.

Vorträge und Vereine.

—d. **Breslau**, 2. Mai. [Bezirksverein für die Sandvorstadt.] Die am 1. Mai abgehaltene Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Dr. phil. W. Richter, mit der Mittheilung, daß in Folge eines vom Vorstande an die Bezirksgenossen gesendeten Circulars dem Vereine 74 neue Mitglieder beigetreten sind. Demnächst hielt Oberlehrer Gaul einen instructiven Vortrag „über Dunstdruck", den er in dankenswerther Weise durch Experimente erläuterte. Die Versammlung sprach dem Vortragenden ihren Dank durch Erheben von den Plätzen aus. — In der letzten Versammlung waren 2 Fragen, betreffend die Gehaltsverhältnisse und die Dienstzeit der städtischen Beamten, dem Vorstande zur weitern Erwägung überwiesen worden. Namens des Vorstandes empfiehlt der Vorsitzende, über diese Fragen zur Tagesordnung überzugehen und zwar aus folgenden Gründen: Als vor Jahren die Gehälter der städtischen Beamten aufgebessert worden, sei ein Wohnungsgeldzuschuß nicht bewilligt worden. Die Gehaltszulage der städtischen Beamten sei immer noch niedriger, als die Summe, um welche die Stellung der Staatsbeamten aufgebessert worden, die zwar keine so hohe Gehaltszulage, dafür aber einen Wohnungsgeldzuschuß erhalten haben. Dann sei zu bedenken, daß nach Sachlage des Gesetzes der Gehalt von angestellten Beamten, sofern sie sich nichts zu Schulden kommen lassen, absolut nicht vermindert werden könne. Schon um deswillen zerfielen die Fragen in sich selbst. Wenn ferner behauptet werde, daß die Lebensmittel und Wohnungen wieder billiger geworden seien, so sei dem entgegen zu halten, daß auch der Werth des Geldes sich verringert habe. In Folge, dessen seien die Beamten in Wirklichkeit nicht wesentlich besser gestellt, als früher. Auch sei wohl zu bedenken, daß die Lauterkeit, Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit der Beamten zurückgehen würde, wenn sie nicht hinlänglich besoldet würden. Die Frage, ob die Menge der von den magistratualischen Beamten geleisteten Arbeit eine zureichende sei, damit nicht Ueberstunden bezahlt zu werden brauchen, möge wohl, wie Redner fortfährt, dem Magistrat zur Verlegung der Amtsstunden und zur Vermehrung der Arbeitszeit um täglich 1 Stunde mit Veranlassung gegeben haben. Redner verwahrt schließlich den Verein, daß aus seiner Mitte anonym ein derartiger schwerer Vorwurf, wie ihn die eine Frage enthalte, gegen die städtischen Beamten erhoben werde. Die Versammlung geht ohne jede Discussion über diese Fragen zur Tagesordnung über. — Hierauf wurde beschlossen, an einem Sonntag Vormittag des Monat Mai eine Vergnügungsfahrt per Dampfer nach Wilhelmshafen zu unternehmen. Die nähern Arrangements übernimmt eine Commission, der aus der Vereinskasse 30 M. zur Verfügung gestellt werden. — Im Monat Juli fällt die Versammlung aus. Für den Sommer wird noch der Besuch des Museums schlesischer Alterthümer in Aussicht genommen.

—ρ. **Breslau**, 2. Mai. [Stolze'scher Stenographen-Verein. Die gestern Abend im „Hotel de Saxe" abgehaltene General-Versammlung des Stolze'schen Stenographen-Vereins wurde mit der Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung durch den Schriftführer und der Aufnahme neuer Mitglieder eröffnet. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde über die Feier des am 15. Juni stattfindenden Stiftungsfestes berathen. Nach längerer Debatte und Besprechung der Einzelheiten des in Aussicht stehenden Festes wurde man dahin schlüssig, zum Ort der Feier Fürstenstein zu wählen, da der in der Nähe befindliche Freiburger Verein die nöthigen Arrangements treffen könnte. Hierauf wurde ein Vorschlag von Vereinsmitgliedern, ein photographisches Gruppenbild sämmtlicher Breslauer Vereinsmitglieder herstellen zu lassen, zur Sprache gebracht und beistimmend aufgenommen. In Betreff der Frage, welche bereits in früheren Versammlungen lebhaft ventilirt worden ist, ob nämlich die „Breslauer stenographischen Blätter", nachdem ein neues Centralorgan in Berlin ins Leben gerufen, eingehen sollen, spricht sich der Vorsitzende, Herr Rector Adam, unter Anführung stichhaltiger Gründe dahin aus, daß neben einem Centralorgane nicht noch ein Bundesorgan zu bestehen brauche und daß er auch fernerhin wegen Mangel an nöthiger Muße die Redaction dieser Blätter nicht mehr werde besorgen können. Herr Hanisch stellte nach näherer Motivirung den Antrag, das Eingehen der genannten stenographischen Druckschrift auf der an Pfingsten stattfindenden Bundes-Versammlung zur Sprache zu bringen. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung nach 10 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.